

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Feyerh.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Albst.straße 16 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro Zeile pro Woche Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegenheiten 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **386300** Exemplaren
erschließt diese Ztg.

Reichstag und Sozialpolitik.

Unter äußerst kritischen Umständen tritt am 30. November in Berlin der Reichstag zu einer neuen Session zusammen. Die von ihm in der letzten Session beschlossene sogenannte „Finanzreform“, die einen Raubzug um eine halbe Milliarde Mark auf die Taschen des Volkes bedeutet, hat in den weitesten Kreisen, namentlich aber bei den Arbeitern, eine erbitterte, man könnte schon sagen, fast revolutionäre Stimmung erzeugt. Es hat eben alle eine Grenze, away die staatliche Plünderung des Volkes durch die einander förmlich jagenden „Finanzreformer“, deren jede Hunderte von Millionen neuer Steuern dem Volke aufbürdet und aus seinen Taschen auch den letzten Pfennig holt, den frühere Steueraktionen und der agrarische Zoll- und Lebensmittelwucher noch übrig gelassen haben.

Die erbitterte Stimmung der Massen über den schamlosen Beutezug des junkerlich-pfäffischen Blocks hat seit dem im Juli erfolgten Sessionschluss des Reichstages in zahlreichen Wahlen zum Reichstag, zu Landtagen und in Gemeinden sich in einer Weise Luft gemacht und geoffenbart, die für die bürgerlichen Parteien geradezu die Bedeutung einer Katastrophe hat, der sie sich denn auch bewusst sind. Die Nachwahlen zum Reichstag haben ausnahmslos der sozialdemokratischen Partei gewaltigen Stimmengewinn und in der Pfalz sowie in Koburg auch zwei neue Mandate gebracht, während auf der andern Seite die Stimmen aller bürgerlichen Parteien gewaltigen Rückgang erfuhr und das vollverräterische Zentrum allein gegen 40000 Stimmen im Vergleich zu 1907 verloren hat. Es ist eine Massenflucht, die sich auf politischem Gebiete vollzieht, eine furchtbare und erschütternde Abrechnung, die die Demesse mit den schuldbeladenen Parteien vornimmt, welche seit Jahrzehnten immer und immer wieder auf alle möglichen Arten, besonders aber auf dem Gebiete des Steuerwesens, das Volk verraten und verkauft haben.

Die Landtagswahlen in Baden, Sachsen, Meiningen und Berlin waren Fortsetzungen der Generalabrechnung der Arbeiter und anderer kleiner Leute aller Art mit den politischen Volksbetrüger. Überall die gleiche Erscheinung der gewaltigen sozialdemokratischen Stimmenvermehrung, der Verminderung der bürgerlichen Stimmen und erheblicher Mandatzuwachs vor allem auf Kosten der Ultramontanen und der Konservativen. In Sachsen haben die Wahlen endlich die alte und unheilvolle Mehrheit der Konservativen gebrochen, die den hervorragenden Industriestaat im ausschließlichen Interesse der Agrarier als ein reines Agrarland mißhandelt, besonders die Arbeiter auf allen Gebieten entrechteten und unterdrückt, so daß viele Jahre Sachsen an der Spitze der Reaktion stand und in der ganzen Welt berüchtigt war. Es ist zweifellos, daß an dieser Niederlage der Reaktion in Sachsen ebenfalls die junkerlich-pfäffische Finanzreform ihren reichen Anteil hat.

Die sozialdemokratischen Gemeindevorstände jagen in den letzten Monaten förmlich einander und jeder Tag bringt weitere neue Siegesbotchaften, dabei ist besonders erfreulich das Vordringen der Sozialdemokratie in den schwärzesten Erdteilen Deutschlands, in den ultramontanen Gemeinden mit der ausschließlichen oder fast ausschließlichen Zentrumshegemonie.

Es nützt dem pfäffisch-junkerlichen Zentrum wenig, daß ihm die christlichen Gewerkschaftsagitatoren unter Verleugnung ihrer proletarischen Abstammung und unter verräterischer Preisgabe der Interessen ihrer Klasse, der Arbeiterklasse, an die „angestammten“ Feinde des Volkes, die Junker und die Pfaffen, zur Seite stehen und im Schweiße ihres Angesichts sich bemühen, die Finanzreform als eine rettende, vollstündliche Tat, die Plünderung um eine halbe Milliarde als ein edles Werk der Massen vorzuschwindeln. Die Zentrumsparthei weiß, daß sie abgewirtschaftet, daß sie den Höhepunkt ihrer Entwicklung überschritten hat; daß sie sich im Abstieg befindet und der „Zurück“ auf allen Seiten markiert und abbröckelt, und darum verlangt die ultramontane kölnische Volkszeitung von der Regierung, daß sie die Session so viel wie möglich in ihrer Dauer beschränke und den Reichstag wieder bald nach Hause schicken soll. Das schlechte ultramontane Verrätergewissen fürchtet das Strafgericht der Abrechnung im Reichstag durch die vom Vertrauen des verratenen und betrogenen Volkes getragene, neugegründete Sozialdemokratie, und sie will ihr daher durch die Verkürzung der Sessionsdauer die nötige Zeit dafür rauben.

Neben den Ultramontanen stehen die ebenfalls verzweifelten Konservativen, bei denen es überall gärt und kracht und deren Partei dem Zerfall nahe ist. Sie haben in ihrer Verzweiflung über die Deroute in ihren Reihen die Regierung um Hilfe angefleht um eine rettende Parole, und sie haben auch die liberale Presse angefleht, doch endlich mit ihrer Kritik an dem 500 Millionen-Raubzug aufzuhören, da sie alle bürgerlichen Parteien schädigen und nur die Sozialdemokratie den Nutzen davon habe.

Die junkerlich-pfäffischen Volksverräter und Volksplünderer lernen nun am eigenen Leibe die Wahrheit der Goethe'schen Worte kennen: „Denn alle Schuld rächt sich auf Erden.“

Die um Hilfe angeflehte Regierung ist selbst in einer feineswegs beneidenswerten Lage. Sie sieht die Deroute der Anhänger der bürgerlichen Parteien und ist dabei selbst mit der so furchtbar wirkenden „Finanzreform“ belastet. Und nicht nur das. Sie steht vor neuen Notwendigkeiten — ein ganz ungeheurer Gedanke! — vor der Notwendigkeit einer neuartigen Finanzreform. Die neuen Männer der Reichsregierung setzen das Werk Bülow's

oder des junkerlich-pfäffischen Blocks fort und es muß ihre Situation noch bedeutend verschlimmern, daß sie dem Reichstag eine ganz reaktionäre Strafrechtsreform vorschlägt und andererseits sich über die Sozialpolitik ausschweigt. Das geplünderte und mißhandelte Volk soll auch noch in seinen Rechten verkrüppelt, in der Freiheit der Kritik seiner Feinde und schlechter Gesetze geschmälert werden.

Was die Sozialpolitik betrifft, so sind bekanntlich durch den Sessionschluss mehrere sozialpolitische Vorlagen gegenstandslos gemacht worden, so vor allem die über die Arbeitskammern und die Revision der Gewerbeordnung. Es verlaute nichts bestimmtes, ob sie die Regierung wieder dem Reichstage vorlegen wird und eventuell in welcher Gestalt. In Aussicht steht die Reichs-versicherungsordnung, deren wesentlichste Neuerung in dem Raub des Selbstverwaltungswortes der Arbeiter in den Ortskrankenkassen besteht. Die Scharfmacher, die sonst nicht müde werden über die „sozialpolitischen Lasten“ zu klagen, sind charakteristischerweise gerne bereit, weitere „Lasten“ zu übernehmen, um diese längst geforderte Arbeiterentrechtung endlich zur Tat machen zu können. Statt des gegenwärtigen Beitragsdrittels wollen die Herren den halben Beitrag übernehmen, um dementsprechend in den Kassenverhältnissen vertreten zu sein und so den bestimmenden Einfluß der Arbeiter auf die Ortskrankenkassen zu brechen.

Die Unternehmerpresse hat denn auch bereits im Hinblick auf die bevorstehende neue Reichstagsession die Hege gegen die Fortführung einer arbeiterfreundlichen Sozialpolitik verstärkt begonnen. Die deutsche Arbeitgeberzeitung drückt einen scharfmacherischen Artikel gegen die Sozialdemokratie, das heißt gegen die Arbeiterzeitung, aus dem Agrarierblatte Landarbeit ab, die das Organ des „Arbeitgeberverbandes für die Landwirtschaft“ ist und in dem die liberalen Parteien zum gemeinsamen Kampfe gegen die Arbeiterschaft aufgefordert werden.

In anderen Unternehmerblättern wird zum sozialpolitischen Stillstand geblasen und nur der Raub der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen gefordert.

So also ist die Situation für die Arbeiter. Neue Lasten von einer halben Milliarde neuer Steuern hat man ihnen auferlegt und dadurch ihre Existenzbedingungen sehr verschlechtert; aber ihnen auf der andern Seite irgendwelche neue Rechte zu geben, nützliche neue Einrichtungen zu schaffen, das darf nicht geschehen, dagegen läuft das liberale Unternehmertum Arm in Arm mit den räuberischen Agrariern Sturm.

Es ist klar, daß angesichts solcher Vorgänge die Situation der Regierung und der bürgerlichen Parteien sich nur noch kritischer gestalten muß. Die Schlot- und Krautjunker mit samt den Pfaffen ruhen nicht, bis sie den letzten Arbeiter in die Reihen der Sozialdemokratie getrieben haben.

Der Minimallohn im Tarifvertrag.

Die großen sozialen Kämpfe unserer Zeit werden nicht nur verbittert durch die Böswilligkeit der herrschenden und herrschenden Klassen gegenüber der von ihnen kulturellen Aufstieg kämpfenden Arbeiterklasse, sondern auch erschwert durch die häufige Verständnisslosigkeit bei der Behandlung der zahlreichen Einzelfragen.

Ein charakteristisches Beispiel dafür hat wieder in jüngster Zeit die Unternehmerpresse gegenüber dem Wesen des Tarifvertrages geliefert. Den äußeren Anlaß dazu gab ihr ein Artikel in Heft 44 der Neuen Zeit über Tarifverträge und Arbeitsgerichtsverfahren, in dem unter anderem Minimallohn und Lohnhöhung behandelt werden, worüber es heißt:

„Wenn seitens der Arbeiter beim Tarifvertrag den Unternehmern die Zulage gemacht und auch gehalten wird, daß für die Dauer der Vereinbarung höhere Anforderungen nicht gestellt werden sollen, so gilt dies für die Gewerkschaft der Arbeiter als Korporation, nicht aber für den einzelnen. Der einzelne Arbeiter ist nicht an den Tariflohn gebunden, er kann immer höhere Lohnsätze fordern und wenn er ihn nicht bekommt, die Arbeit kündigen und seine Arbeitskraft günstiger zu verkaufen suchen, trotz Tarifvertrag. Dieser Vorgang ist völlig legal und von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der einzelne Arbeiter hat also zur Zeit der guten Konjunktur noch Gelegenheit, über die Tarifhöhe hinaus seinen Lohn zu erhöhen, falls nicht andere Kräftekonstellationen dies wieder unmöglich machen. Jedenfalls bindet der Tarifvertrag die Arbeiter insoweit nicht. Anders aber der Unternehmer. Er ist auf jeden Fall an den Tariflohn gebunden, wenn er nicht zum Tarifbrecher werden soll, und er muß den „hohen Lohn“ zahlen auch in der schlechtesten Geschäftszeit. So kann hier also ein Faktor entstehen, der dahin drängt, den Anteil des Arbeiters am Arbeitsprodukt zu erhöhen und die Unternehmer zu jenseits. Der dahin drängt — ob es gelingt, ist eine andere Frage.“

Diese Ausführungen sind durchaus richtig und unanfechtbar und brauchen für jeden, der von den Tarifverträgen mit samt dem Minimallohn etwas versteht und die Praxis des Arbeitsverhältnisses kennt, nur etwas ganz Selbstverständliches aus. Aber diese Voraussetzungen fehlen auf Unternehmenseite häufig oder auch, man tut nur so, als verstände man davon nichts; man stellt sich dumm, um eine der so beliebtesten Feigen gegen die Arbeiterbewegung inszenieren zu können. Deshalb hätte der Artikel der Neuen Zeit sich über die Natur des Minimallohnes im Tarifvertrag etwas eingehender äußern sollen, um den böswilligen Gegnern die Gelegenheit zu erneuern Hege zu verberben.

Es bemächtigte sich nämlich der zitierten Ausführungen die deutsche Arbeitgeberzeitung und ihr nach andere Unternehmerblätter, und verständnislos oder böswillig oder auch beides zusammen wird dazu bemerkt:

„Den Sinn dieser verblichenden offenkundigen Ausführungen werden die Arbeitergeber hoffentlich richtig erfassen und — ihre Politik danach einzurichten wissen.“

Der Sinn dieser Bemerkung kann nur der sein, daß die Unternehmer in Zukunft keine Tarifverträge mehr abschließen oder die abgeschlossenen Verträge nicht halten sollen — weil die Arbeiter sie nicht halten. Dieser gute Rat wird aber ganz hinfällig, wenn man die Ausführungen in der Neuen Zeit etwas näher betrachtet.

Was ist der Minimallohn? Der Minimallohn, unter dem nicht gegangen werden darf, der vom Unternehmer auch den schwächsten und letzten Arbeiter bezahlt werden muß, denn der geringeren Leistungsfähigkeit derselben und nicht der höchsten des tüchtigsten Arbeiters ist er angepaßt. Der Minimallohn ist darum auch kein Maximal- oder Normallohn und deshalb keine Schranke für höhere Lohnansprüche des tüchtigen Arbeiters. Er kann über den Minimallohn hinaus selbst erheblich höheren Lohn für sich fordern, ohne dadurch im mindesten gegen den Tarifvertrag zu verstoßen; er kann in ganz legaler und loyaler Form seine „direkte Aktion“ durchführen. Aber auf der andern Seite kann der Unternehmer ebenso in legaler Form, ohne gegen den Tarifvertrag zu verstoßen, den höheren Lohnanspruch des einzelnen Arbeiters ablehnen, wobei er freilich zu gewärtigen hat, daß er dann eben fortgeht, um anderwärts einen höheren Lohn für seine tüchtige Arbeit zu erhalten.

Wenn die Unternehmerpresse die Forderung des einzelnen Arbeiters nach höherem Lohn als Tarifbruch qualifizieren möchte, so begehrt sie damit entweder eine Heuchelei oder eine Inkonsequenz oder auch beide Uebel auf einmal. Es ist bekanntlich ein in Unternehmerrreisen sehr beliebter Einwand gegen die Festsetzung eines Minimallohnes, daß dadurch der bessere Arbeiter gegenüber dem schwächeren Arbeiter benachteiligt werde, oder auch — je nachdem — daß, wenn sie, die Unternehmer, gezwungen würden, den schwächeren Arbeitern denselben Lohn zu zahlen, wie den in allen Stufen leistungsfähigeren Arbeitern, dann die schwächeren Arbeiter in der Regel außer Arbeit bleiben würden, weil es den Unternehmern nicht einfallen könnte, die als mindertüchtig bezeichneten Arbeiter gegen den erzwungenen Lohn zu beschäftigen. Wenn nun aber der Unternehmer auf den Tarifvertrag mit dem Minimallohn eingeht, der nur für die schwächeren Arbeiter gilt, die ihn aber auch verdienen, so muß er ja schon ganz selbstverständlich aus seinem so oft zur Schau getragenen „Gerechtigkeitsgefühl“ heraus den tüchtigeren Arbeitern höhere, mehr oder weniger bedeutend über den Minimallohn hinausgehende Löhne zahlen, weil sie ja sonst den schwächeren gegenüber bei gleichen Löhnen benachteiligt würden.

Es kann also auf keinen Fall von einem Tarifbruch die Rede sein, wenn tüchtige Arbeiter vom Unternehmer einen über den Minimallohn hinausgehenden höheren Lohn verlangen, nachdem eine Grenze nach oben, ein Maximallohn, bis jetzt nicht aufgestellt ist. Zugaben wollen wir immerhin, daß der „Spielraum“ für Lohnforderungen des einzelnen Arbeiters sich verringert, je höher der Minimallohn im Tarifvertrag ist. Es dürfte aber heute erst wenige oder auch noch gar keine Fälle geben, in denen dieser Zustand besteht.

Lohnmaxima gibt es allerdings, und zwar nicht erst seit gestern, sondern sie bestanden schon vor Jahrhunderten. In verschiedenen deutschen Staaten, in der Schweiz, Frankreich, Holland, England, wurden durch sogenannte „Königliche Statuten“ oder Verordnungen die Arbeits- und Lohnbedingungen festgelegt und den Arbeitern bei Strafe verboten, mehr zu fordern und den Unternehmern mehr zu leisten, was hieß, die ja zu allen Zeiten und in allen Ländern gleich hauptsächlich, raffigier und ausbeutungswütig waren, ohnehin nicht in den Sinn gekommen wäre. Sehr richtig sagt denn auch Adam Smith, daß sich die Unternehmer stets im stillen Einverständnis darüber befinden, den Arbeitslohn über seine jeweilige Höhe nicht hinauszukommen zu lassen.

Es darf auch an die in Fabriken früher fast allgemeine und heute noch geübte Praxis erinnert werden, die Arbeiter über eine gewisse, ganz willkürlich und einseitig vom Unternehmer festgesetzte Maximallohngrenze hinaus nicht verdienen zu lassen und den erzielten Mehrerwerb nicht auszubezahlen, sondern die Arbeiter einfach darum zu befehlen und in die weiten Taschen des Unternehmers gleiten zu lassen. Uebrigens ist die Unternehmung diese Praxis jeder auf seine eigene Faust, so bestehen heute hierüber sogar Abmachungen unter den Unternehmern, wie zum Beispiel in der deutschen Brauindustrie, wo neben den mit den Arbeitern abgeschlossenen Tarifen ein Abkommen unter den Brauereibesitzern besteht, das, ohne daß die Arbeiter davon Kenntnis haben, die Tarifabmachung — natürlich zum Schaden der Arbeiter zumeist — ergänzt, so daß beispielsweise über eine Höchstgrenze die Löhne nicht gesteigert, Zuständnisse bestimmter Art den Arbeitern nicht gemacht werden dürfen. „Die Unternehmer wollten sich dadurch sichern, daß nicht ein besonders kräftiger Betrieb die freie Auswahl unter allen Arbeitern hat und die hochqualifizierten Arbeitskräfte zum Schaden der anderen Unternehmungen an sich reißt.“ (Die Tarifverträge und die Gewerkschaften“ von Ad. Braun, Seite 25.)

Wenn in den Tarifverträgen nichts über eine obere Lohngrenze gesagt ist, so darf man die einseitige Festsetzung einer solchen durch die Unternehmer als illegal und vertragswidrig bezeichnen. Gegen eine solche Praxis der Unternehmer hat aber die Unternehmerpresse nichts einzuwenden, da redet sie nicht von vertragswidrigem Vorgehen.

Gegenüber der Hege gegen die Arbeiter wegen des Artikels in der Neuen Zeit möchten wir auch an die feinerzeitige Aufforderung der Deutschen Arbeitgeberzeitung an die Unternehmer erinnern, in der Zeit der Krise die Arbeitslöhne herabzusetzen und die Arbeitszeit wieder zu verlängern, also das Gegenteil von dem zu tun, was die Arbeiter anstreben und wozum sie kämpfen, wodurch aber ihre Ertragsansprüche in der besseren Wirtschaftskperiode vernichtet werden sollten und vernichtet würden. Der brutale und provokatorische Appell an die Unternehmer war ja auch nicht erfolglos, wie die Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die Lohnkämpfe im Jahre 1908 be-

welt. Danach kamen 1117 (1907: 884) Streik mit 88 120 Beteiligten, ferner 848 friedliche Lohnbewegungen mit 48 100, also zusammen 1965 Fälle mit 84 220 Beteiligten zur Abwehr der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Form von Arbeitszeitverlängerung und Lohnreduktion vor, die in 48 Prozent aller Fälle zum Nachteil der Arbeiter verliefen. Dazu kommen noch 52 Ausschreibungen mit 8802 Beteiligten, die die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zum Zweck hatten und die für 51,8 Prozent der Arbeiter mit ihrer Niederlage endeten. Inwieweit es sich in allen diesen Angelegenheiten der Unternehmer um Verträge gegen bestehende Tarifverträge handelte, ist in der Gewerkschaftsstatistik nicht angegeben. Vielleicht erstreckt man in Zukunft die Erhebungen für die Streikstatistik auch auf diese Frage. Sicher ist, daß der Appell der Arbeiter, die Unternehmer zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von der gesamten übrigen Unternehmerpresse mit Eifer und Zustimmung aufgenommen und in vielen Fällen auch praktisch befolgt wurde.

In der jüngsten Heft der Unternehmerpresse behandelte sich neuerdings der Haß gegen die Tarifverträge und den Minimallohn wie gegen die ganze Gewerkschaftsbewegung, obwohl wahrlich die deutsche Industrie diesen Faktoren zu einem großen Teil ihren gewaltigen Aufschwung verdankt. Mit der höchstwilligen Heft der Unternehmerpresse gegen die Arbeiterbewegung vertritt sich freilich die objektive Anerkennung der Tatsachen und das ruhige Walten der Vernunft nicht. Inzueß geht die Entwicklung der Verhältnisse vorwärts trotz alledem.

Das Panama der Reichswerft zu Kiel.

Kiel, 16. November 1909.

Im Vordergrund des allgemeinen Interesses steht zweifellos gegenwärtig der vor dem hiesigen Schwurgericht sich abspielende Prozeß wegen der Kiefenuntergeschlagungen auf der Kaiserlichen Werft zu Kiel. Nicht allein die Größe des Objektes hat diese Affäre zu einem Standa allerhöchster Art answachen lassen, sondern nur mehr noch als diese ist es die im Verlaufe der Sache der Werft zutage getretene Korruption, die es den Beteiligten ermöglichte, ihre Spitzbübereien wohl drei Jahrzehnte hindurch zum Schaden der Steuerzahler zu betreiben. An Unbedeutungen in dieser Hinsicht hat es gewiß nicht gefehlt, pfaffen es doch die Spagen von den Dächern, daß es auf der Werft nicht mit rechten Dingen zugehen könne. Wurde doch schon vor einer ganzen Reihe von Jahren von den damals noch städtischen Hafenpolizisten am Kai der inneren Hörn eine mit Kupfer- und Messingplatten sowie anderen wertvollen Metallgegenständen beladene Schute beschlagnahmt, die dort eine ganze Reihe von Tagen herrenlos gelegen hatte. Erst aus der Abkempfung einiger Platten erfuhr man, daß das Metall von der Kaiserlichen Werft herkam. Diese aber zeigte sich keineswegs bereit, den Fund so ohne weiteres als ihr Eigentum anzuerkennen. Neugierig lag es mit der ebenfalls noch unter der früheren städtischen Polizei erfolgten Beschlagnahme von Lauffuhrwerken mit gleichen Metallen. Der Schwindel hätte vielleicht noch viele Jahre betrieben werden können, ohne aufgedeckt zu werden, wenn nicht ein unerwarteter Zwischenfall der Sache im Mai vorigen Jahres ein plötzliches Ende bereitet hätte.

Von auswärtigen Kaufleuten war bei den Behörden zur Anzeige gebracht worden, daß eine Kieler Firma ihnen Waren, wie Zink, Blei, Nuchkammolle, Quecksilber und dergleichen, zum Kauf angeboten hätte, und zwar zu einem Preis, der darauf schließen lasse, daß die Sachen nicht auf reelle Art und Weise erworben sein könnten. Der daraufhin mit den Recherchen beauftragte Verlino Kriminalkommissar Wannooski ermittelte denn auch bald, daß die Sachen, von denen man vor der Anzeige noch ein bedenken des Quantums, darunter für etwa 20 000 M. Del, auf der Bahn mit Beschlagnahme konnte, von der Kaiserlichen Werft herkommen. Am 11. Mai erfolgte darauf die Verhaftung der Magazin aufseher Rantowski und Farschbutter, der Hilfs sreiber Krause und Peters sowie eines Expedienten und dessen Kollaborators. Aus dem Gehörnis der Angeklagten ging hervor, daß Peters, der, ngleich er wegen Betrugs mit 27 Jahren Zuchthaus verurteilt war, auf der Werft Beschlagnahme als Hilfsreiber geübt hatte, die Seele des Unternehmens gewesen war. Unter der jüngeren Firma Friedrich Peters Gaarden offerierte er auswärtigen Firmen die veruntreuten Waren und besorgte deren Versand. Die beteiligten Beamten brauchten sie nur aus der Werft hinauszuführen zu lassen, was für sie in ihrer Eigenschaft ein leichtes war. Die Sache machte sich, solange sie sich in bescheidenen Grenzen hielt. Sie ging jedoch sehr, als die Beteiligten, höherem Beispiel folgend, einen besonders großen Coup in Aussicht genommen hatten.

Die Angelegenheit nahm einen weiteren, kaum geahnten Umfang an, als die Ermittlungen zu erkennen gaben, daß sie eigentlich nur die kleineren Diebe waren an höherer Stelle betrieben die Veruntreungen in weit größerem Maße betrieben. Die Folge war daß am 29. Mai vorigen Jahres der Magazinverwalter Rechnungsrat Heinrich, ein Greis von 71 Jahren, in Anwesenheit seines Anwalts auf der Werft abgeführt, noch dem Gerichtspräsidenten gebracht und noch mehrtägigen Verhaftung ebenfalls in Untersuchungshaft genommen wurde. Dasselbe widerfuhr zu gleicher Zeit dem als mehrtägigen Wächter bekannten Produktionshändler Frankenthal, dessen Bücher zugleich mit Beschlagnahme wurden. Obermeister Rieden von der Kaiserlichen Werft hatte dieselbe Los. Ihm folgte Obermeister Ehrup, der jedoch erst den 2. April, wo er zur See weilt, ans Gefängnis werden mußte. Als weitere Beteiligten wurden dann noch die Hamburger Kaufleute Hermann und Siegfried Jacobsen und Hermann Stral mit in die Affäre hineingezogen, endlich wegen der Delinquenzen der Schiffahrt Johannes Reppening jun.

Im Laufe der jetzt andauernd fortgeführten, an 200 Seiten reichen Untersuchung (erstmalig sei nur an den Ende August dieses Jahres erwidert, bisher noch unvollständigen Bericht über die größere Anzahl beschlagnahmter Briefe und Urkunden, die zum Schaden der Werft herkommen, wurde alles erledigt, was, um die große Sache möglich zu machen, von dieser abgehandelt werden konnte. Wegen der Unterstellungen im Falle Peters und Stral sind Rantowski in drei Jahren, Peters zu einem Jahracht Monaten, Farschbutter zu sechs Monaten und Krause zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Weiter die Affäre gegen Rantowski und Farschbutter wurden dem Schwurgericht übergeben. Ein Urteil verhandelt wurde, in dem Frankenthal und zwei weitere Produktionshändler beschuldigt waren, Strafe zu empfangen. Die Untersuchung der Angeklagten wurde durch die Verhaftung von Rantowski und Farschbutter im letzten Augenblick unterbrochen, welche zugunsten der Angeklagten ein Urteil gegen Rantowski und Farschbutter aus dem Hause Wilhelm's haben laggen, der durch seinen Verhaftung, nicht auf

der Werft beschäftigten Vater-Mittelwerfer der Geheimnisse des Rats zu einem geworden war und diesen daher im Laufe der Zeit auf unerschöpfliche geschöpft hatte, erhielt wegen Erpressung 15 Monate Gefängnis substituiert. Trotz dieser Vorarbeiten dürfte es geruams Zeit in Anspruch nehmen, bis der Knoten, wenn es überhaupt gelingt, entwirrt, die mehr als 200 Zeugen und Sachverständigen, zu denen täglich neue hinzukommen, geführt sind und das Urteil gesprochen worden ist. Einen Teil für sich bildet in der Anlage die Angelegenheit mit Reppening. Der Magazinverwalter Rantowski hat ja schon bei dem vorausgegangenen Strafprozeß dargelegt, daß die Firma seinerzeit bei einer Bestellung auf Veranlassung Heinrichs anstatt der bestellten 2000 Zentner nur 1400 geliefert habe, da er, Rantowski, einen Lieberschuß von 600 Zentnern in seinem Magazin lagern hatte. Dafür seien ihm und dem Rat Gratifikationen von je 6500 M. überlesen worden. Auch später (der alte Reppening ist inzwischen verstorben) seien mit der Firma ähnliche Geschäfte, wenn auch weit geringeren Umfangs, gemacht worden.

Erschien demnach diese Sache von vornherein so ziemlich geklärt, so war man bei der Feststellung der weiteren Veruntreungen einzig und allein auf den Gang der Untersuchung, namentlich aber auf die Revision der Bücher und Geschäftspapiere der beteiligten Kaufleute angewiesen. Hierdurch aber wurde denn auch ein geradezu verblüffendes Resultat herbeigeführt. Dabei mußten die noch vor zehn Jahren verblühten Schwindler, da sie bereits verjährt sind, unberücksichtigt bleiben. Das Vorliegende aber genügt vollaus, um ein Bild davon zu geben, wie so lange Zeit geistlos gewirkt worden ist, gewaltsam werden konnte, ohne daß Remedur eintrat. Es würde zu weit führen, hier auf sämtliche Einzelheiten der den Angeklagten zum Vorwurf gemachten Straftaten des näheren einzugehen; genügen mag, daß der Revisor der Bücher den Wert der in der Frage kommenden Zeit veruntreuten Materialen auf mindestens eine Million Mark veranschlagt. Selbstverständlich kommt dabei nur in Betracht, was er bei der Revision zu entdecken vermochte. Frankenthal, so gibt er an, habe an dem Geschäft in einem Jahr allein eine Viertelmillion Mark verdient. Geradezu ungeheuerlich erscheint es, welche Mengenquanten diesem über dem von einzelnen Händlern gebildeten Ring, der sich „Sabbat“ nannte und dessen Seele Frankenthal war, von den ungetreuen Leuten in die Hände gespielt worden sind. So sind in einzelnen Fällen 144 000, 166 883, 240 000, ja sogar 659 889 Kilo Eisen- oder Stahlabfälle mehr an die Händler ausgeliefert worden, als ihnen zustand. Besondere Wert wurde begrifflicherweise auf das Aufhängen eloxierter, wertvollerer Metalle, wie Bronze, Kupfer, Weichmetall u. s. w. gelegt, da das ja einen weit größeren Vorteil gewährte. Laufende Rilo dieser wertvollen Abfälle wurden mit denen von geringerem Wert von der Werft heruntergeschickt. So heißt es, daß mit einem Haufen Metall für 50 000 M. Kupfer ausgeführt worden ist. Neue Sachen, wie Bronzepropeller und dergleichen, die es lohnten, wanderten ebenfalls den Weg alles „Heiliges“. Von dergleichen Dingen bekamen allerdings die übrigen Beteiligten des Ringes, wie die mitangeklagten Kaufleute angeblich, wenig zu sehen, da Frankenthal ihnen gelegentlich minderwertige Ware sandte, als er für sie gekauft hatte und sie auf diese Weise besugumelte.

Alle die Schiedungen waren nur möglich, weil die nötige Kontrolle fehlte. Das aus den verschwiegenen Resten kommende Material wurde nach dem Magazinverwalter Heinrich untergehenden Lagerstätten geschafft und sofort auf und zwischen die Abnehmer geworfen. Gewogen wurde der Abgang zum Teil gar nicht, sondern einfach nach Schätzung berechnet und verkauft. Beim Uebergeben an die Käufer wurden weiter die mannigfaltigsten Manipulationen vorgenommen, um der Kontrolle, insoweit von ihr überhaupt die Rede sein konnte, ein Schnippchen zu schlagen. Um zum Beispiel das Gewicht der leeren Waggons zu erhöhen, beauftragte man sie vor dem Wägen mit einem Meißel mit dem Gewicht von 500 Kilo, den man dann wieder entfernte. Die zu schwer beladenen Waggons wurden einfach über die Waage hinübergefahren oder man stellte sie mit den Vorder- oder Hinterrädern auf die Waage und die bestochenen Beamten stellten dann gefällige Gewichtszahlen aus Obermeister Rieden erklärte zum Ueberfluß, daß er zehn Waggons beladen und von der Werft geschaffen wolle, ohne daß es einem einzigen der Beamten oder dortigen Angestellten auffallen würde.

In allen zur Anlage stehenden Einzelfällen (31) ist Heinrich beteiligt, Ehrup an 25, während für Farschbutter, Rieden und Rantowski nur je eine Sache in Frage kommt. Den Beamten wird vorgeworfen, daß sie Sachen der Kaiserlichen Werft, die sie in Gewahrsam hatten, unterschlagen zu diesem Zweck Diebstahl und Raub begangen und dafür „unbegrenzt Geld“ an sich genommen haben. Den mitangeklagten Kaufleuten wird Veruntreuung von Sachen und Diebstahl an den von diesen veruntreuten Veruntreungen zur Last gelegt. Bis auf Rantowski, der, wie bereits erwähnt, zum Teil geschuldig ist, befreiten sämtliche Angeklagte die ihnen gemachten Veruntreungen. Keiner der beschuldigten Beamten will beim Vorliegen des Materials zugegen gewesen sein, dazu auch weder den Auftrag oder auch nur die benötigte Zeit gehabt haben. Weiter bekennen sie alle ohne Ausnahme entschieden, von Frankenthal oder sonst einem der Produktionshändler Geschäfte, geschweige Veruntreungen empfangen zu haben. Des Frankenthal ihnen vorgelegte betragsmäßige Rechnungen unterschreiben sie, wird nicht verweigert. Es ergibt sich überhaupt, daß eine ganze Menge Veruntreungen und anderer ähnlicher Veruntreungen die beschuldigte Gefälligkeit dieses Bekanntes in Anspruch genommen hat und daß dieser sie „mit Feis an der Strippe hatte Ehrup, der in den Veruntreungen transportierenden Kriminalbeamten einige Veruntreungen gemacht haben soll, Rekt dieses „eigentlich in Rede“. Die Kaufleute verweigern sich ebenfalls entschieden gegen die ihnen vorgelegten Unterstellungen, besonders aber gegen den Vorwurf der Veruntreungen. Frankenthal hat sogar schon die Gelegenheit wahrgenommen, den Epich umzudrehen und ist mit dem auf der Werft herrschenden Schenkrian ganz gehörig in Schritt gegangen. Dieser Schenkrian, so fährt er aus, habe sie nicht dazu gezwungen, ihren Vorteil wahrzunehmen. Schon Ende Dezember wären zum Beispiel die am 31. März abzufahrenden Waggons zum Teil beschuldigt und eingeschickt worden. Waggons der ganzen Zeit seien dann ständig neue Materialveruntreungen empfangen. So es aber nach Schick ging hat er, der durch seine Veruntreungen von allem, was auf der Werft vertrieben, genau unterrichtet war, das beste ausgeführt. Durch die rigorosen Verkaufsbestimmungen des Reichsmarineamts waren dem Ringe nicht angehörende Kaufleute, namentlich die Kaufleute, von der Teilnahme so gut wie ausgeschlossen, der Ring hatte das Sagen in seiner Hand. Einzige Ausnahme, daß den durch Veruntreungen angehenden Beamten jede sachmännliche Kenntnis zur Verfügung des Reiches des Materials vollständig abging. Gewissen war, das durch die nicht widerlegte öffentliche Verurteilung Frankenthals, daß man des öfteren einer alten, jetzt verkonterten Obermeister zu ihm geschickt hätte, um ihn nach dem Werte dieses

oder jenes Gegenstandes zu befragen. Daß er da Angaben gemacht hätte, die nicht zu seinem Nachteil waren, könne ihm gewiß niemand verargen.

Die Bemerkungen, diese beprimelnden Angaben Frankenthals zu widerlegen, sind bisher so ziemlich resultatlos geblieben. Der Marineintendanturassessor Frensch, als Abteilungschef darüber befragt, ob die Verwaltung es denn an jeder laudmännlichen Handhabung habe fehlen lassen, erklärte kurz und bündig, die Verwaltung sei nicht dazu da, Prozesse herauszuschlagen, sondern die Flotte des Reiches in einem schlachtfähigen Zustand zu erhalten. Marineoberbauat Löffert gab zu, daß die Revisionen bis dahin stets vom grünen Tische aus gemacht worden sind. Die angeklagten Produktionshändler, denen, nebenbei bemerkt, eine Reihe erstklassiger Rechtsanwältinnen zur Seite steht, wissen sich äußerst geschickt zu verteidigen. Einige in den Büchern vorgefundene verdächtige Konten, worin unter den Bezeichnungen „Rebbit 1“ und „Rebbit 2“, „Salbot“ und „Meschora“ an unbekannt Personen Gelder verbucht worden sind (die Anlage nimmt an, daß es sich um Heinrich und dessen Untergebenen handelt, da die ersten drei Worte die hebräischen Bezeichnungen für den Herrn, die letzte aber für dessen Bediensteten darstellen), werden von ihnen dahin ausgelegt, daß die Ausdrücke Rebbit 1 und 2 den erzielten Gewinn, den „Rebbit“ darstellen sollen; die beiden übrigen bezögen sich auf einen inzwischens verstorbenen Expedienten und dessen Leute. Diese Ausrede glaubt ihnen natürlich niemand.

Nicht geringes Aufsehen erregt die von der Anlage erhobene Behauptung, daß an Stelle der gestohlenen gefälligen Briefe in die Prozesse hineingeschmuggelt, ferner in den Büchern Rasuren und Aenderungen vorgenommen seien. Gemutmaßt wird sogar, daß beides von einem der Angeklagten im Gefängnis selbst ausgeführt worden ist. Wenn das wahr sein sollte, wäre es einfach haarig. Der bekannte Chemiker Dr. Feiertag hat bei der Untersuchung von zehn der fraglichen Briefe konstatiert, daß das Papier mit dem der einwandfreien Briefe in den Akten nicht übereinstimmt; die Tinte gleiche dagegen derjenigen im Gefängnis. Angeklagte sowohl als Verteidiger wehren sich begreiflich gewaltig dagegen, daß eine derartige Untersuchung vorliegt.

An merkwürdigen Episoden mangelt es überhaupt in der Verhandlung keineswegs. Bezeichnend war zum Beispiel die Stellungnahme des ersten Staatsanwalts Graefrat, als der alte Jacobsohn den Kriminalkommissar Wannooski bei einer Gelegenheit über die Umharnung befragte. Der Erste Staatsanwalt meinte, Wannooski sei Rejerveoffizier und noch dazu im Besitz des Roten Adlerordens dritter Güte, das höchste jeden Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zeugen von vornherein aus.

Soweit ist dieser Prozeß nach etwa 14tägiger Verhandlung gediehen und es ist nicht abzusehen, wie lange er noch währen wird. Das eine oder ist bisher schon unumstößlich zutage getreten, daß auf der Werft eine Vatterwirtschaft geherrscht hat, die kaum ihresgleichen findet dürfte. Dieses findet jetzt von allen Seiten seine Bestätigung. Erwähnenswert ist in dieser Hinsicht ein Artikel des Kapitän zur See a. D. Persius im Scherischen Tag. Der Schreiber, der die Verhältnisse gewiß genau kennt, weist an der Hand drastischer Beispiele nach, daß das ganze System, wie es jetzt noch auf der Werft herrscht, nicht gesund ist. Das Beamtenum ist gegenüber der Arbeiterzahl zu groß, der ganze Betrieb unkaufmännlich eingerichtet, das Berechnungswesen veraltet, die Beamten sind nicht genügend vorbereitet u. s. w. Selbst am escheint nur, daß dieser und andere Herren, die von der ganzen Sache Kenntnis hatten, ihre Weisheit nicht schon längst an das Licht der Öffentlichkeit gebracht haben. Jedoch auch das Reichsmarineamt ist nach Aufhebung der Verhältnisse endlich zu der Ueberzeugung gelangt, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weitergehen kann. Die zur Untersuchung dieser Frage am 12. Januar ds. Js. bestellte Kommission hat dieser Tage ihren Bericht veröffentlicht, der entsprechende Vorschläge zur Reformierung der Verwaltung auf den Kaiserlichen Werften enthält. Bezeichnend ist es jedenfalls, wenn es in dem Bericht unter anderem heißt:

„Bereits in einem anderen Verurteilten existenzen, im besonderen Einrenten, die ihr Studium nicht haben vollenden können, sollen nicht angenommen werden.“

Besser als durch dieses Bekenntnis konnte der bisherige Zustand nicht gekennzeichnet werden. Genug, man will reformieren. Hoffentlich geschieht's am rechten Ende.

Juliussturm der Scharfmacher, Buedfabrik und Zentrum.

Von der am 15. Oktober im Hotel Adlon zu Berlin abgehaltenen Ausschussung des Zentralverbandes deutscher Industrieller brachten wir schon in unserer Nr. 46 (Seite 367) eine kurze Mitteilung nach dem in Nr. 43 der Deutschen Industrie-Zeitung enthaltenen Bericht. Mittlerweile ist aber der sozialdemokratischen Presse von offenbar eingeweihter Seite ein ausführlicher Bericht in die Hände gespielt worden, der außer dem, was wir schon früher berichteten, noch verschiedene interessante Stellen enthält. Daß nach diesem Bericht der Bued in ersten Teile seiner Rede für den zu bildenden Bahlfonds der Scharfmacher gegen die „jüngere Generation der professionismatischen Nationalökonomien“ loszog und diese beschuldigte, daß den „Lehren der Sozialdemokratie zugewandt“, ja, sich „genz an die Seite der Sozialdemokratie“ gestellt und die Arbeitergehalt noch übertrieben zu haben, ist ja bei Bued nichts neues. Dagegen verließ Bued sich diesmal aber noch zu folgenden Selbstbekenntnissen:

„In der Erkenntnis ihrer Schwäche hielten sich die älteren, von denen diese Bewegung eingeleitet war, der extremen Richtung ernstlich entgegenzusetzen; sie marschieren eben mit, wenn auch im Hintertreffen. Nur einzelne von ihnen, wie heiligsweise Brentano, haben die Jüngeren noch überboten, augencheinlich um an der Spitze dieser für die Industrie so außerordentlich verhängnisvollen Bewegung zu bleiben. Meine Herren, so kam es, daß von allen deutschen Verhältnissen der Nationalökonomie insbesondere die Sozialpolitik in Sinne äußerster Sozialistischer Anschauungen und weitgehender Vorrangverweigerung und Feindseligkeit gegen das Unternehmertum und Arbeitgebetum geleitet wurde. Dazu kam als weiteres treibendes Element das Uuhlenum die Kunst der Rimmergehenden Massen. Diese Massen werden in der Hauptsache von den Arbeitern gebildet, die ja, wie Ihnen bekannt, die Feindseligkeit und den Kampf gegen die Arbeitgeber auf die Fahne geschrieben haben. So ist es gekommen, daß Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber im gewissen Grade auch die Partei der politischen Parteien geworden ist. Meine Herren, ich muß hervorheben, daß ich diesem Treiben die aktionierbare Partei nicht in jedem Falle angegeschlossen hat. Wo zu beschließen war, daß die betreffenden Gelecke, Vorschläge oder Anträge auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter zurechenbar könnten, da waren die Herren natürlich nicht zu haben. (Sehr wahr!) Im übrigen haben sie — jeder, der die parlamentarischen Vorgänge verfolgt hat, wird mir das bestätigen —

ist, daß sie sich immer mitgeteilt, wenn es sich um Gehege gegen die Arbeitgeber handelt. (Sehr wahr!) Eine ganz erhebliche Ausnahme hat die Reichspartei (die Partei, wo Sit in und Nordost früher die erste Partei waren und wo jetzt Krenzl, Dieffen, Camp und Siebert, der Oberste der Reichsverbände, ihr Wesen treiben. Neb. d. M. - Ztg.) die selbstverwaltete Partei, gebildet, die sich immer dem Arbeitgeber, dem Untertanentum viel freundlicher erweisen hat."

Dann möchte Sie einen Auszug in die Geschichte der politischen Bestrebungen des Unternehmertums als solches. Dieser Auszug klang in folgenden Ausführungen aus:

"Rechtsanwalt König (Geschäftsführer des Bayerischen Metall-Industriellen-Verbandes. Neb. d. M. - Ztg.) bezeichnet, als einzig mögliche Grundlage für die auf die wirkungsvolle Verwertung der industriellen Interessen gerichteten Bestrebungen nur die Arbeitgeberverbände. Darin, meine Herren, trete ich an, entschlossen entgegen. (Handelkammerpräsident Professor Dr. Lehmann (München): Sehr richtig!) Ich behaupte, daß die Arbeitgeberverbände zu diesem Zwecke weder benutzt werden können, noch benutzt werden dürfen (Sehr richtig!) und zwar aus folgenden Gründen: Meine Herren, die Gewerkschaften der Sozialdemokratie und die anderen erkennen heute unumwunden die Überlegenheit der Arbeitgeberverbände und der in ihnen vereinigten Kräfte an. Das veranlaßt die Gewerkschaften jedoch nicht, eine friedliche Haltung den Arbeitgeber gegenüber einzunehmen. Während der Zeit des Niederganges haben sie sich wohlweislich ruhig verhalten, und die größeren beachtenswerten Streiks, die in dieser Zeit stattgefunden haben, sind meistens gegen den Willen der Organisationen von unvornünftigen Mitgliedern der Gewerkschaften angereizt worden. Aber, meine Herren, sie haben die Zeit als Vorbereitungszeit für die Kämpfe betrachtet, die sicher eintreten werden, wenn bessere Zeiten heran kommen, Kämpfe, die sie als Entscheidungskämpfe betrachten. Und die Organisationen der Arbeiter haben sich in einer großzügigen Weise gerüstet, denn ihnen stehen heute Mittel in Höhe von mehr als 40 Millionen zur Verfügung. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hat es glücklicherweise auf drei Viertel Millionen gebracht."

Meine Herren, unter diesen Umständen ist es erforderlich, daß die Organisationen der Arbeitgeber, darin stimme ich dem Herrn Rechtsanwalt König bei, mit aller Kraft soweit als irgend tüchtig ausgebildet, daß alle Hindernisse, die dieser Ausbildung entgegen stehen oder entgegenstehen könnten, beseitigt werden. . . .

Solange politische Wahlen bestehen, ist es die vornehmste Aufgabe der Parteien immer gewesen, jebild Geld als möglich für die Wahlen zusammenzubringen. Dabei ist weiter nichts Schlimmes, und es ist perfectly und geschmacklos, wenn, wie es in der Presse geschieht, in Verbindung mit dem Beschluß des Direktoriums von Wahlbestechung und Stimmentausch gesprochen wurde. Das Direktorium schlägt aber vor, einen industriellen Wahlfonds, wie ich ihn nennen möchte, zu bilden, aus dem ohne Anfechtung der nationalen Partei, der die betreffenden Kandidaten angehören, alle unterstützt werden sollen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Interessen der Industrie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen im Sinne der Ansichten verstehen, die mit den Bestrebungen und den Beschlüssen des Zentralverbandes nicht im Widerspruch stehen. Wir wollen konservernativ, national-liberale, freisinnige unterstützen, wenn sie sich als Freunde der Industrie betätigen.

Das Direktorium hat zunächst den Grundgedanken aufgestellt, daß mit der Sammlung und Verwendung dieses Fonds der Zentralverband absolut nichts zu tun haben soll. Nicht etwa, weil er sich zu solcher Tätigkeit nicht eigne oder weil er irgendwie Bedenken müßte, mit einer solchen Tätigkeit frank und frei vor die Öffentlichkeit zu treten. Das nicht, meine Herren, andere Gründe waren maßgebend. Unverkennbar besteht in einzelnen Kreisen seiner Mitglieder ein Bewußtsein auf einer gewissen Höhe von Verhinderung des Zentralverbandes größerer Mittel zur Verfügung zu stellen. Daran ist auch der einzig richtige Gedanke, bei Begründung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände einen sogenannten Juliuszurm (siehe auch Metallarbeiter-Zeitung 1906, Nr. 19, Seite 156, dritte Spalte) zu errichten, gescheitert. Es soll daher eine Kommission gebildet werden und zu dieser Kommission soll eine Reihe von Vereinen ermächtigt werden, je ein Mitglied zu ernennen. Diese Vereine sind:

1. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen in Düsseldorf.
2. Der Verein für die Bergbaubetrieblichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen (Ruhr).
3. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln in Köln.
4. Der Mittelrheinische Fabrikantenverein in Mainz.
5. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie in Saarbrücken.
6. Das Schlesisch-Lothringische industrielle Syndikat in Mülhausen im Elsaß.
7. Der Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller in Augsburg.
8. Der Bayerische Industriellenverband in München.
9. Der Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie in Chemnitz.
10. Der Oberösterreichische Berg- und Hüttenmännische Verein in Rattowitz.
11. Der Verband Schlesischer Textilindustrieller in Breslau.
12. Der Verband Obersächsischer Industrieller in Dönnitz.
13. Der Verein deutscher Papierfabrikanten in Berlin.
14. Der Ausschuss der Zement-, Zement- und Kalkwerke in Berlin.
15. Die Norddeutsche Gruppe des Vereins Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin.

Der Vorsitzende dieser Kommission wird seinen Sitz in Berlin haben müssen. Die Kommission soll verpflichtet sein, eine Geschäftsstelle zu unterhalten. Dem Geschäftsführer wird die Aufgabe zufallen, sich über die Verhältnisse in den Wahlkreisen zu informieren, Vertrauensmänner in den betreffenden Wahlkreisen anzustellen und seine Vorschläge für das Vorgehen bei den Wahlen dem Komitee zu unterbreiten. . . .

Ueber die Verwendung der Beiträge soll, soweit es zum Zweck der Wahl geeignet ist, Rücksicht abgelehnt werden.

Dem Sanjabin wollen wir keine Kränkel zwischen die Beine werfen. Unter Bewußtsein stammt aus einer Zeit, in der er noch gar nicht existierte. Dazu kommt, meine Herren, daß wir im Zentralverband zu der Überzeugung gelangt sind, der Sanjabund sei, abgesehen von besonderen und daher auch besonders zu behandelnden Fällen, nicht die geeignete Stelle, um im allgemeinen auf die Wahlen durch Verwendung eines Wahlfonds einzuwirken. Meine Herren, wollte er das tun, so würde er zwei Wege beschreiten können. Ich will etwas anderes vorschlagen. Es ist eine offensivere und in der Presse vielfach besprochene Tatsache, die auch dem Herrn Vorsitzenden erwähnt worden ist, daß in dem Sanjabund Gruppen mit verschiedenen, sogar mit direkt entgegengesetzten Interessen vertreten sind. Meine Herren, das ist eine Tatsache, die nicht zu bestreiten ist, und wenn bezüglich dieser Tatsache der Sanjabund vielleicht den einen Weg einschlagen könnte, die Kandidaten aller in sich vereinigten Gruppen bei der Wahl zu unterstützen, dann würde er dazu kommen, Gelder gegen die Interessen derer zu verwenden, die sie hergegeben haben. So ist es in der Industrie bei den letzten Wahlen ergangen. Ich habe schon angedeutet, daß die Industrie beinahe als große Fonds für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt hat. Sie wurden verwendet von einem Komitee in der Art, daß alle bürgerlichen Parteien ihren Anteil erhielten, der schematisch bemessen wurde nach der Zahl ihrer Vertreter im Reichstag. Also, meine Herren, von dem Gelde, das die Industrie gesammelt hatte, sind bei der Wahl Ka-

mpfunden worden, die die Industrie als ihre entschiedensten Gegner in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung betrachten mußten. . . . Wollen Sie eine Veränderung in dieser Beziehung herbeiführen, so dürfen die Ihre Taschen nicht aufhängen und sich nicht abwenden. Meine Herren, die Parteien sind schlecht, aber haben die Seiten gut überdacht. Ihre Äußerungen, Ihre Bitten, Ihre sonstigen Abgaben müssen Sie auch bei den schlechtesten Zeiten zahlen, wenn die Ihre Ziele nicht zu erreichen wollen. Meine Herren, da kommt auch in schlechten Zeiten das heraus, was hier für den Fonds gebraucht wird, was für den einzelnen verhältnismäßig sehr gering sein wird, wenn alle Mitglieder des Zentralverbandes die Notwendigkeit erkennen und sich als verpflichtet in diesem Falle erweisen. Den schlechten Zeiten aber werden bessere folgen, die Morgenröthe der besseren Zeit scheint ja bereits aufzusteigen."

Aus der Diskussionsrede des zweiten Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Metallindustriellen, des Kommerzienrats Menck (Altona), ist noch folgendes anzuführen:

"Das endliche Ziel ist die volle Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (Wahl) und dieses Ziel, glaube ich, werden wir auch erreichen. In der Praxis ist die Einigung oft leichter als in der Theorie. . . . Wir hoffen, daß alle organisierten Arbeitgeber in nicht allzulanger Zeit sich im Besitz eigener Arbeitgebervereine befinden werden. Ebenso soll auch das Streikunterstützungswesen in gemeinsamer Arbeit gefördert werden. Der Zentralverband ist selber im Sanjabund in der Minderheit, darum muß er einen eigenen Wahlfonds gründen, wenn auch der Wahlfonds des Sanjabundes dadurch geschwächt wird. Etwa 100 Wahlkreise kommen für unsere Unterstützung in Betracht. Dabei müssen wir jede Einzelheit vermeiden, da wir auf die Beihilfe aller Parteien angewiesen sind, auch der Partei des Zentrums, das dürfen wir nicht vergessen. Wir dürfen keine Partei übergehen, wenn wir in den Parlamenten, besonders im Reichstag, eine angemessene Vertretung finden wollen, trotz alledem wird ja die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen wohl ihre hundert Mandate bekommen!"

Handelkammerpräsident Dr. Zille (Saarbrücken) verteilte über das Beamtentum, das nach ihm "die Mehrheit im Reichstag hat und mit allen möglichen sozialistischen und Klassenmoralischen Wünschen durchdrungen ist". Dann meinte er ferner:

"Auch der Sanjabund liebäugelt mit diesem Beamtentum, ihm ist daher nicht unbedingt zu trauen. (Der arme Sanjabund! Was hilft ihm da alle Schärmacherei? Neb. d. M. - Ztg.) Sorgen Sie dafür, daß in diese Organisation nicht noch Bewerber hineinkommen, die uns auch noch diejenigen Teile des Gewerbes und Handelsstandes verderben, die heute noch nicht verderbt sind. Um 37 Wahlkreise zu bearbeiten, müßten wir 8000 Agitationskräfte haben, die von 200 Lehrkräften ausgebildet werden müßten. Von den Universitäten dürfen wir nichts erwarten. Bei der heutigen Versunkenheit der akademischen Wissenschaft in klassenmoralische Tendenzen ist nicht daran zu denken, daß irgendeine akademische Lehranstalt nützlich für uns leisten könnte. Das hat ja der Fall an der Universität Leipzig in den letzten Tagen bewiesen; da kann uns nur die Schaffung einer eigenen Akademie (also einer Werkfabrik oder eines Schärmacherei-Münchens-Glabachs. (Neb. d. M. - Ztg.) helfen, wenn wir den geistigen Kampf aufnehmen wollen gegen den ganzen Unfug des Marxismus, des Kathedersozialismus, des Staatssozialismus und wie alle die Fesseln heißen (Geistesfesseln), die heute dem Handels- und Gewerbebestand so unendlichen Schaden zufügen. Das wird im Jahre mindestens eine halbe Million verschlingen. Aber die deutsche Industrie ist zweifellos in der Lage, etwas Derartiges zu machen (Wahlkampf) anders, als wenn es sich um Lohnfragen handelt. (Neb. d. M. - Ztg.) und der Zentralverband deutscher Industrieller ist die einzige Stelle, in deren Hände man diese große Sache beruhigt legen kann. Natürlich dürfte eine solche Anstalt nicht in einer Univeritätsstadt oder am Orte einer Handelshochschule liegen, sondern zum Beispiel in Düsseldorf, wo eine Beeinflussung durch akademische Lehrer anderer Richtungen im persönlichen Verkehr ausgeschlossen ist. Ich kann Herrn Bued nicht recht geben, wenn er meint, daß in der Frage der Sozialpolitik unter uns tiefere Spaltungen bestehen. Wenn sich ein einzelner Verband unter einer Klassenpolitik hat pressen lassen und nachher, solange er der Not gelehrt, diesen Standpunkt vertritt, so ist das keine Überzeugungsfrage, da mögen Leute ein klein bißchen härter klassenmoralisch angefaßt sein und andere weniger, aber in Grundzug ist das ganze Unternehmertum einig. (Lebhafte Beifall.)"

In recht interessanter Weise hat der Geheim Oberfinanzrat Müller (Berlin) den Bedarf vom Hofen getan. Deshalb bringen wir alles, was von seiner Rede bekannt geworden ist. Es lautet folgendermaßen:

"Ich möchte vor, in unserem Programm statt national gesinnte Parteien zu sagen, bürgerliche Parteien. Gegen das Zentrum ist doch kein Kampf möglich. Was hat es für einen Zweck, das Zentrum dadurch, daß man es aus der Reihe der nationalgesinnten Parteien streicht, zu reizen und gegen sich einzunehmen. Wie die Sachen liegen, ist bei der größten Diskretion, die ich natürlich hier unter uns voraussetzen, doch keine Möglichkeit gegeben, so etwas der Öffentlichkeit vorzutragen. Es wird in irgendeiner Art doch bekannt. Ich könnte mir keine zweckmäßigere Verwendung unserer Mittel denken, als wenn es ginge, auf unserem wirtschaftlichen Boden stehende katholische Arbeitgeber ins Zentrum wählen zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn im Zentrum ein Gegenpol geschaffen würde gegen Herrn Müller (Frankfurt) oder Herrn Erzberger, so könnte das doch vielleicht einen gewissen Erfolg haben. Wenn ich mir beispielsweise denke, daß wir Mittel aufwenden, um einen Festungs-genossen des Grafen Kallenberg wieder zu einem Zentrumssitz zu verkehren gegen einen dieser sozialistischen angeblichen Polacken (Geisterfesseln), so wäre das ein Erfolg, wie er besser nicht zu wünschen wäre. Es ist hier auch vom Sanjabund die Rede gewesen und auch davon, daß der Zentralverband in der Minorität ist. Ich habe der Gründung des Sanjabundes nichts nähergekommen und habe nicht den Eindruck gewonnen, daß das richtig ist. Selbstverständlich wird man in einzelnen Kreisen, die dazu geeignet sind, weit fortgeschrittenere liberale Kandidaten unterstützen (Wahlkampf) und wird in anderen Kreisen konservernativere Kandidaten unterstützen. Allerdings, wie ich voraussetze, daß im Sanjabund die Unterstützung der einen oder der anderen konservernativeren Kandidaten Schwierigkeiten machen kann, und da bezügl. es es als einen Vorzug dieses getrennten Vorgehens, daß hier im Zentralverband die geeignete Stelle ist, um das ohne Hindernisse machen zu können, und ich glaube, der Sanjabund wird das gar nicht übersehen. Unsere Aufgabe muß sein, auch innerhalb der konservernativen Partei Vertreter unserer Kräfte zu gewinnen. Es liegt ja nicht überall am Hofen Wägen, sondern an der mangelnden Kenntnis und Ehrlichkeit. Wie weit dieser Mangel an Erkenntnis geht, das braucht man niemand zu sagen, der Gelegenheit hatte, auch mit unseren Ministern zu verhandeln (Geisterfesseln). Wieviel tragende Anteile sind da, die keine Ahnung hatten von unseren industriellen Interessen. Wieviel Wähler sind da, die zunächst den Fragen rales gegenüberstehen. Wie können wir uns wundern, daß ein kommunistischer oder sozialistischer Gutsherr sich in unsere Verhältnisse und Interessen nicht hineinfinden kann? Wenn da ein paar Leute sind, die Vertrauen genießen, weil sie sich politisch zu ihnen rechnen, werden sie eine sehr heilsame Wirkung entfalten können. (Beifall.)"

Charakteristisch sind auch die Bemerkungen des Hüttenmänners v. Döppel (Gulzbach), der auch Mitglied des preussischen Herrenhauses ist. Er sagte:

"Ich möchte Ihnen mitteilen, was mir persönlich bei zwei Jahren passierte. Als der Herr Reichsminister Herr Döppel mit mir wegen des Wahlfonds gesprochen hat, der damals seitens des Zentralverbandes gesammelt worden ist, gab er ein Programm heraus, das sich gegen die Sozialdemokraten und das Zentrum richtete. Da sagte ich: Durchlaucht, das kann ich nicht mitmachen; gegen die Sozialdemokraten selbstversteht sich, aber gegen das Zentrum geht das nicht. Der Zentralverband ist keine politische Partei, sondern er ist lediglich eine Partei zur wirtschaftlichen Interessenvertretung und dann eine Partei gegen die Sozialdemokraten. Unter den großen Industriellen sind jebild Statthalter, die wir nicht auf diese Weise vor den Kopf stoßen dürfen. (Geisterfesseln.)"

Syndikus Dr. Kocke (Hannover) beklagte, daß man in der Provinz Hannover bei der Auffstellung der Kandidaten keine Rücksicht auf die Schärmacher genommen habe, weil man sich nicht in die Abhängigkeit von der Industrie begeben wolle. Man begeben sich jedoch in die Abhängigkeit vom Bund der Landwirte, von den Beamten und den Arbeitern. (Seine jedoch die „angebliche Abhängigkeit von der Industrie". Er fuhr dann fort:

"Wohl aber werden wir unser Gewicht in die Waagschale werfen können, wenn man immer und immer wieder, wo Nat am Mann ist, an die finanzielle Opferwilligkeit der Industrie appelliert; unsere Industrie bezahlt ja den größten Teil der Kosten der Wahlen, nicht nur in der Stadt, sondern auch in der Provinz Hannover. Darum begrüßen wir das Vorgehen des Zentralverbandes, durch das unsere Bewegung an Stöckkraft gewinnen wird. Schon das Befanntwerden dieser Tatsache wird die maßgebenden Parteigrößen etwas gestärker machen. In unserem Programm möchte ich die Worte „im Sinne der Stelle des Zentralverbandes" durch andere Worte ersetzen, zum Beispiel durch die Worte „im Sinne des Schutzes heimischer Arbeit unter Aufrechterhaltung der Autonomie des Arbeitgebervereins". Ob es nun gebandelt wäre, die ganze Sache ausschließlich unter die Flagge des Zentralverbandes zu stellen, ist mir fraglich."

Nachdem der Berichterstatter Bued in seinem Schlußwort versichert hatte, es sei ihm nicht eingefallen, durch die Wahl des Ausdrucks „national gesinnte Parteien" das Zentrum auszuschließen oder berlegen zu wollen, er sei mit der Entscheidung dieses anhängigen Ausdrucks durch den Ausdruck „Wahlkandidaten aller bürgerlichen Parteien" einverstanden, wurden die Letztliche über die Bildung eines industriellen Wahlfonds" angenommen. Ihren Hauptinhalt haben wir schon in Nr. 46 mitgeteilt.

Was vom gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Standpunkt über die „politischen Bestrebungen" dieser Art zu sagen ist, haben wir schon früher gesagt. Wir brauchen es nicht zu wiederholen. Dagegen möchten wir christlich gesinnten Arbeitern, die noch nicht alles Urteilsvermögen verloren haben, einiges zu bedenken geben. Wer die hier wiederergegebenen Reden aufmerksam gelesen hat, dem wird es vielleicht aufgefallen sein, daß an mehreren Stellen Geisterfesseln bezeichnet steht, wenn vom Zentrum die Rede war. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Schärmacher das Zentrum zwar mit vor ihren Wagen spannen möchten, daß sie es aber nicht bestimmenter nur sehr gering achten. Die Schärmacher wollen das Zentrum unterstützen, wenn es sich verpflichten will, die Interessen der Industrie zu vertreten, das heißt: wenn es sich den Ausbeutungsgelüsten des Unternehmertums nicht widersetzen will. Es ist schon oft darüber berichtet worden, daß die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der adeligen Zentrumsgroßen in Oberloosen sehr viel zu wünschen übrig lassen. Die Inhaber dieser Betriebe, die Kallenberg und Genossen, sind also den Bued, Zille, Döppel und Genossen sehr inhaftisch und diese möchten gerne noch weitere „katholische Arbeitgeber" dieser Art in den Reichstag wählen lassen, obwohl sie im Grunde ihres Herzens die Politik des Zentrums für ultramontan halten, wonach das Zentrum die Richtlinien seiner Politik ultra montes, das heißt: von jenseits der Berge, also aus Rom erhält. Man sollte doch meinen, daß dies sich mit dem sonst so progisch zur Schau getragenen Patriotismus der Schärmacher nicht vertrage. Wir sehen aber aus neu, daß dies alles nur Nebenache ist, daß den Schärmachern nach wie vor der Profit und immer wieder der Profit die neuneunehmal heilige Hauptsache ist. Unter diesen Umständen sollte aber jeder Arbeiter, der bisher noch Anhänger des Zentrums und der „christlichen" Gewerkschaften war, es sich genau überlegen, ob er noch einer politischen Partei Gefolgschaft leisten kann, deren Wahlkandidaten möglicherweise mit dem Gelde der brutalsten Schärmacher unterstützt werden, unter der Bedingung, daß sie die Interessen der Arbeiter verraten und verkaufen. Jeder Arbeiter sollte es sich ferner überlegen, ob er noch einer „christlichen" Gewerkschaft angehören kann, da die Erfahrung gelehrt hat, daß die „christlichen" Gewerkschaften eine so deutliche Geistesverwandtschaft mit dem Zentrum haben, daß man mit Recht von Zentrumsgewerkschaften sprechen kann.

Altkorarbeit und Kalkulationswejen.

Am Schlusse eines unter obiger Ueberschrift in der Nr. 44 der Metallarbeiter-Zeitung vom 30. Oktober veröffentlichten Artikels von A. G. resümiert sich der Verfasser als Quintessenz seiner Ausführungen dahin, es ließe also zweifellos fest, daß auch das Kalkulationswejen nicht imstande sein würde, die schon so oft — auch von den Unternehmern — zugegebenen Mängel des Altkorarbeitens zu beheben. Da nun trotz dieser beldezeitig zugegebenen Mängel in der Praxis immer mehr mit dem weiteren Umfange dieses Systems gerechnet werden muß, und diese Ausbreitung eigentümlicherweise gegen den Willen der organisierten Arbeiterschaft vor sich geht, so ist ein Versuch wohl nicht unangebracht, den Ursachen des Vordringens der Altkorarbeit nachzugehen und gleichzeitig die prinzipielle Stellung des Gewerkschaften zu dieser hochwichtigen und in das gesamte Wirtschaftsleben unserer Zeit tief einschneidenden Frage leuchtig zu beleuchten. Nicht zuletzt gibt hierzu auch noch der Umstand Veranlassung, daß die Tendenz des erwähnten Artikels im allgemeinen daraufhin abzielt, die Altkorarbeit als System zu verwerfen. Denn obgleich der Verfasser eingangs seiner Ausführungen die Beschäftigung aufstellt, bei Beurteilung der verschiedenen Arten von Altkorarbeit, Lohnzahlungs- und Pensionsverfahren zu kommen man zu dem Schluß, daß es im privatkapitalistischen Betrieb überhaupt nicht möglich ist, diese Fragen endgültig zu lösen, so geht doch aus dem Artikel im allgemeinen unabweislich hervor, daß er bei der noch offen gelassenen Möglichkeit nicht stehen bleibt, diese Fragen in Betrieben lösen zu können, auf die obige Einschränkung einer privatkapitalistischen Leitung nicht zutrifft, sondern er geht lenkquent darauf aus, dem Stillsitzen im Prinzip den Garaus zu machen. Nach seiner Ansicht würde ein Zustand der Anarchie einreten und dem höchsten Egoismus die und Tor geöffnet, wenn

man dem einzelnen Arbeiter in der Weltigung seiner Arbeitkraft...

So einfach es nun ist, dem einzelnen das vermeintlich schädliche...

Den Umschwung in der Beurteilung des Akkordsystems durch die...

Das vornehmste Mittel, das die Gewerkschaften in ihrem Kampf...

Vorgang des Metallarbeiterprozesses hat im Verein mit einer dadurch...

Die Ansicht des einzelnen, ein gewisses Arbeitsquantum inner-

Eisenbahnen, Gasanlagen, Docks und bergischen, Konstruktions-

In allen Wirtschaftszweigen, auf die die Statistik Bezug hat,

Die Zahl der überhaupt beschäftigten Personen war 7 512 753;

Die Zahl der Unfälle und der Gewerbekrankheiten in den ein-

Table with 5 columns: Wirtschaftszweig, Unfälle (tödtlich, nicht tödtlich), Gewerbekrankheiten (tödtlich, nicht tödtlich), Entschädigungssumme (£).

In der Gewinnung der Metalle mit 431 447 Beschäftigten...

In der Wirtschaftszweig 'Fabriken' kamen auf je 10 000 Beschäftigte...

Der Entschädigungsbetrag, der durchschnittlich auf einen Unfall...

Der Betrag, der auf einen Unfall oder auf einen Fall gewerblicher...

Von den durch Unfälle getöteten und an Gewerbekrankheiten ge-

Wenn ein Arbeiter, ohne abhängige Angehörige zu hinterlassen,

Table with 4 columns: Wirtschaftszweig, vollständig abhängige Angehörige, teilweise abhängige Angehörige, keine abhängigen Angehörige.

Betriebsunfälle und Gewerbekrankheiten in der Metallindustrie Englands.

Das neue englische Unfallentschädigungsgesetz von 1906, das im...

Wenn ein Arbeiter, ohne abhängige Angehörige zu hinterlassen,

Von allen Entschädigungsansprüchen nach nicht tödtlichen Un-

	Im 1. Halbjahr 1909	Im 2. Halbjahr 1909	Im 1. Halbjahr 1908
weniger als 2 Wochen	10,5	10,1	15,8
2 bis nicht ganz 3 Wochen	25,0	22,0	24,0
3 bis nicht ganz 4 Wochen	19,7	18,0	17,7
4 bis nicht ganz 5 Wochen	40,1	48,5	37,6
5 bis nicht ganz 6 Wochen	8,7	4,8	8,5
6 oder mehr Wochen	1,0	1,6	1,0
	100,0	100,0	100,0

In allen Wirtschaftszweigen ist der Prozentsatz der Unfälle mit weniger als 2 wöchiger und 3 bis 4 wöchiger Entschädigungsdauer kleiner als der Prozentsatz der Unfälle mit 2 bis 3 wöchiger Entschädigungsdauer. Das wird dem abstrakten Smausalehen der kurzfristigen Arbeitsunfähigkeit zugeführt (die sich dadurch in der Gruppe mit 2 bis 3 wöchiger Dauer häufen), weil bei weniger als 2 Wochen während Unfallschuldigkeit für die erste Woche keine Entschädigung gezahlt wird.

Durch Gewährung von Abfindungssummen erledigt wurden in der Gewinnung der Metalle 768, im Maschinen- und Schiffbau 2581, in der sonstigen Metallindustrie 1481 Entschädigungsansprüche wegen nicht tödlicher Unfälle, sei es, daß dieser Gewährung von Abfindungssummen eine Zahlung wöchentlich Renten vorausging oder daß sie sofort erfolgte.

Noch nicht abgelaufen waren am Jahreschluss in der Gewinnung der Metalle 1115, im Maschinen- und Schiffbau 805 und in der sonstigen Metallindustrie 1481 Unfallentschädigungsansprüche.

Von den Entschädigungsansprüchen bei Arbeitsunfähigkeit wegen Gewerbetätigkeiten erbligten im Laufe des Jahres 1908 nach wöchentlichen Rentenzahlungen in der ganzen Metallindustrie 137, durch Gewährung von Abfindungssummen 44, die übrigen Ansprüche dieser Art liefen 1909 noch weiter.

Unter den entschädigten Gewerbetätigkeiten, die in der Metallindustrie vorkamen, waren Bleivergiftungen weitaus am häufigsten. In der Gewinnung der Metalle waren unter 125 Fällen von Gewerbetätigkeiten 121 Bleivergiftungen, 2 Arsenikvergiftungen und 2 Fälle von Schlaglähmung; im Maschinen- und Schiffbau wurden entschädigt 17 Fälle von Bleivergiftung, je 1 Fall von Arsenik und eisenematischem Hautgeschwür, sowie 2 Fälle von Luftdruckkrankheit; endlich in der sonstigen Metallindustrie 72 Fälle von Bleivergiftung und 3 Fälle von eisenematischem Hautgeschwür.

Mehr Interesse wird die englische Unfall- und Gewerbetätigkeitsstatistik haben, wenn Vergleichszahlen für eine Reihe von Jahren vorliegen; doch bietet sie schon im ersten Jahre manches Interessante.

von Metallarbeitern nach Gumbert, Kreis Krasberg (Sa. K. Brumberg) D.; von Schloßern und Selbstbrauereibauern nach Düsseldorf (Sa. D. D.); von Schloßern und Selbstbrauereibauern nach Münster L. (Sa. D. D.); von Steinbrüchleren nach J. (Sa. D. D.); von Blumengärtnern nach Würzburg (Sa. D. D.). (Die mit A. und B. bezeichneten Orte sind Grenzgebiete, die aberhaupt zu meiden sind; C. heißt: Grenz in Aussicht; D.: Lohn- oder Tarifbewegung; E.: Kustpernung; F.: Differenzen; G.: Maßregelung; H.: Blühende; I.: Lohn- oder Tarifbewegung; J.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Beiträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzugeben zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Chemnitz. Die Preisbrüdererei und Arbeiterentlassungen in der sächsischen Maschinenfabrik behandelte Kollege Krause in einer im Ballhaus über abgehaltenen, von mehr als 600 Arbeitern besuchten Werkstattversammlung. In Branche 2 schrieb man einem Hobler für Luftkompressor, woran er zwei Tage zu arbeiten hatte, 3,20 M. Meister Keil sagte dazu: „Wer die Arbeit nicht machen will, kann gehen.“ Ingenieur Freund meinte, „am liebsten gebe er gar nichts für die Arbeit.“ Leider ist es schwer, die Arbeiter zu einem gemeinsamen Vorgehen unter einen Hut zu bringen. In einem Falle forderten die Kollegen das Ausschussmitglied Wächter — von der Direktion ernannt — auf, bei der Direktion vorzugehen, um gegen die Preisbrüdererei zu protestieren; Wächter erklärte: „Ich gehe mit, mit 'ann's ja' — ich schaden, aber derjenige, der den Sprecher macht, muß bereit sein, daß er rausfliegt.“ In Branche 2 sind jetzt genügend Bestellungen vorhanden und es herrscht dort oft eine unläufige Treiberei. Dreher müssen häufig Arbeit abspannen und ein anderes Stück auf die Maschine nehmen, und es kommt vor, daß einzelne bis 12 Uhr nachts oder auch die ganze Nacht durch arbeiten müssen. Der Stößer Görner ist jetzt als Kalkulator tätig; er hat für zwei Turbinendeckel, die ein Dreher in zwei Tagen fertigstellte, 1,50 M. Direktor Dr. ing. Döberlein behauptet aber doch, daß überhaupt mehr Löhne gezahlt würden, als Arbeit fertiggestellt wird. Nun mangelt es aber mehrfach an Werkzeug und bei Meister Küger sind manche Maschinen in einem Zustand, daß die Dreher in Afford nicht arbeiten können. Will jemand brauchbare Bohrer haben, muß er sich diese selber kaufen. Affordpreislisten existieren hier nicht, und wenn jemand fragt, welcher Preis gezahlt wird, kann es vorkommen, daß Meister Küger sagt: „Das geht Sie gar nichts an.“ Die sogenannten Preisregulierungen sind fast immer gleichbedeutend mit Preisbrüdererei. Bei Nacharbeit werden die Pausen bezahlt, was der Drehermeister Kottluff beklagen wollte. Erst nachdem die Arbeiter bei dem Betriebsleiter Müller vorstellig wurden, ist der bisherige Zustand aufrechterhalten worden. Die Affordpreise hat Kottluff zum Teil bis 50 Prozent reduziert; er sprach sich zum Beispiel für eine Arbeit, die 6 1/2 Stunden Zeit beanspruchte, 95 S. Als der Arbeiter sich dagegen wehrte, gab er 2,75 M. Als ein anderer Dreher sich bei ihm beschwerte, daß er bei dem festgesetzten Preis nichts verdienen könne, gab ihm Kottluff zur Antwort, dann habe er zu wenig gearbeitet. Als aber in einem Fall der Laufkran nicht ging und der Arbeiter von Kottluff verlangte, einen Zettel zu schreiben, um die Reparatur zu veranlassen, schauzte er ihn an und gab ihm vorerst keinen Zettel, so daß durch diese Verzögerung der Dreher einen halben Tag nicht arbeiten konnte. Die Monteur arbeiten jetzt noch für dieselben Löhne, wie vor 12 bis 15 Jahren; da sie nun alt geworden sind, vertrauen sie sich erst recht nicht mehr zu fordern. Infolge dieser Zustände ist es auch schwierig, die Löhne für Schlosser in die Höhe zu bringen. Es werden für diese Stundenlöhne von 30 bis 45 S. gezahlt. Wie die Monteur ihre Lage zu heben suchen, beweist ein Fall bei Meister Schmidt, wo ein Monteur diesen ersuchte, ihn in einer anderen Montage arbeiten zu lassen, wo Überstunden gemacht würden. Eingeweiht sei noch darauf, daß in dieser Branche, wenn die Maschinen genau werden. Daher in den Fußboden gemacht werden müssen; dafür sollten doch Kanäle vorhanden sein. Die Meister stehen dabei immer hinter den Arbeitern und passen auf, so daß diese nicht zusammenzufehen und über irgendeine Sache ihre Meinung auszutauschen vermögen, worüber die Meister sich oft stundenlang unterhalten. Die Gänge in dem Betrieb sind gewöhnlich mit Maschinenteilen besetzt und ist es bei dem schnellen Gang der elektrischen Krane zu verwundern, daß nicht mehr Unfälle vorkommen. — In Branche 4 gibt es Zeichnungen, auf denen der Preis für dasselbe Stück auf einer mit 4, auf der anderen mit 3 M. veranschlagt ist. Für einen Hobelmaschinenhändler, der zwei Tage Arbeit beauftragt, ist der Preis 3 M. Alte Hobler sind schon mit 15 M. Lohn in zwei Wochen zu Hause gegangen. Der Präsident des Ingenieurs-Rufsch (Vorwerk), der die Preise kalkuliert, war in seiner praktischen Tätigkeit kein Held; denn als er einen Ventilator für eine Schleifmaschine baute, zog dieser nicht einmal ein Stück Seidenpapier an, viel weniger ein Würdchen Staub. Die Preise sucht Rufsch aber zu berechnen nach Stärke und Länge des Gegenstandes in Millimeter. Für die Bohrer gibt es hier drei Preistabellen; die Meister bezahlen gewöhnlich nach der Größe, in der die niedrigsten Preise angegeben sind. Der Schlossermeister Fischer zahlte einem Anstreicher, der 30 Jahre im Betrieb ist, 27 S. Stundenlohn. Für das Bohren von Löchern, wofür früher 60 S. gezahlt wurde, gibt es jetzt 38 bis 40 S. Da in Branche 4 (Werkzeugbau) wenig Arbeit vorhanden ist, wird aus anderen Branchen welche übergenommen, die dann billiger herzustellen verlangt wird. Zirkel 30 Mann sind entlassen worden, von denen ein Teil auf einem Neubau der Firma beschäftigt wird. Mehrere sind auf unbestimmte Zeit „beurlaubt“, so daß den Beamten die Zeit genützt erweist, mit Lohnreduktionen vorzugehen. Direktor Kowatz hat den Vertrauensleuten, die in dieser Sache vorstellig wurden, versprochen, die Preise nicht weiter zu reduzieren, aber die Meister und der Kalkulator werden sich wohl nicht lange daran freuen. Sicher dienen diese Beamten der Firma besser, wenn sie ihr Augenmerk mehr auf die Instandhaltung der Maschinen und Werkzeuge richten, als auf die Preisbrüdererei. An dem Steuerungsrad einer Hochdruckmaschine brachen im Mai 2 Zähne aus; 4 Monate später war noch kein Ersatz da. Leider gibt es auch Arbeiter, die die dem Schenker huldigen. Der Organisationsrat anzuschließen, kostet ihnen „zu viel Geld“, als aber im September das Mandat in der Umgebung von Chemnitz stattfand, waren es die Unorganisierten, die bei der Direktion einen freien Tag erwirten wollten. Die organisierten Kollegen wollten aber nicht mitmachen, die Kurapatrionen wurden deshalb von dem Mandat überbunden abgesehen. — In Branche 8 wird besonders über den Ingenieur Schmidt Klage geführt, weil er Arbeiter entläßt, während andere mit Überstunden arbeiten müssen. Es sind hier mehrere automatische Maschinen aufgestellt; da mit diesen die Arbeit recht billig herzustellen werden soll, werden die Arbeiter jetzt bei 10 bis 12 Überstunden weniger als früher bei der regulären Arbeitszeit. Die Arbeiter können dem Ingenieur Schmidt nie genug machen; erachtet ihm die Arbeit mangelhaft, gibt es Strafe. Die

Schloßer sind immer ergriffen worden, damit recht viel fertig wurde, die Größe und Menge werden, die nicht abgemessen werden. Nachdem nun aber die Preise reduziert sind, wird die Arbeit sauber verlangt. Der Meister Winkelmann hat jetzt die Dreher zu beaufsichtigen und er sucht möglichst die Preise zu drücken. Er ist als ungeliebter Arbeiter in der Drahtschleiferei tätig gewesen und hat dort die niedrigen Preise oft gefordert; heute, wo er solche selbst festsetzt, sind sie noch niedriger. So gab es für Gangschleife 16 S.; nachdem sie von einem anderen Dreher gemacht wurden, erhielt dieser nur 12 S. dafür. Wenn neue Leute eingestellt werden, die nicht eingelernt sind, kann Winkelmann ihnen nichts zusetzen, gehen diese dann wieder ihrer Wege, sagt er genötigt. „Was ist beim dem Dunsel eingekalkt?“ Der Obermeister Striegler sagt den Leuten: „Ihr müßt tote die Aufgaben an der Arbeit liegen.“ Wenn die Arbeiter keine Überstunden machen wollen, heißt er sie geben. Wie die Meister sich die Bezahlung vorstellen, zeigt der Ausdruck des Meisters Schmidt, der in einem Reparaturkoffer sagte: „Sie müssen tüchtig drangehen; Sie sind ein teurer Mann.“ Dabei bezieht dieser „teure Mann“ 40 S. Stundenlohn. Meister Volz glaubt immer, wenn ein paar Leute zusammenstehen, es würde politisiert oder seine Tätigkeit kritisiert. Für das Stoßen von Nuten, das 5 Minuten Zeit beansprucht, zahlt er 1 1/2 S. Beklagen sich die Leute, heißt es: „Sie scheinen überhaupt keine Lust zum Arbeiten zu haben.“ „Ihr seid richtige Ochsen“ u. s. w. Man hat jetzt hier auch das Kolonnenystem eingeführt, bei dem die Grundlöhne von 50 bis zu 27 S. herab abgestuft sind. Laut Bekanntmachung haben die Meister die Affordpreise bei Finanzgriffnahme der Arbeit bekanntzugeben, was diese aber nicht ausführen. Mißstände verschiedener Art sind auch in dieser Branche anzutreffen. So gibt es hier keine Gehaltstafeln, und wenn die Arbeiter Sonnabends lehren, müssen sie zum Sprengen die Trintgefäße benutzen, was zur Folge hat, daß wenig gesprengt wird und die Arbeiter den Staub und Dreck einatmen, der beim Sprengen ausgebreitet wird. Das Übrige der Schleifsteine wird zu jeder Tageszeit vorgekommen, was sehr gegen Abend besser am Plage wäre, wenn die Leute den Betrieb verlassen. — In Branche 12 ist der frühere Kupferstecher Gaußner Meister, der nach dem Kupferstecherstreik die organisierten Kollegen zu beglücken sucht. Die Schmeiser nimmt er in Schutz und sagt ihnen: „Galtet nur zu mir, es läßt sich viel tun.“ Diese Leute läßt er auch das meiste Geld verdienen. — In Branche 19 klagen die Arbeiter über die Behandlung durch den Meister Schöll, der die Arbeiter „Brummache“, „Rindvieh“ und „Banditen“ nennt. Die Preisbrüdererei ist auch hier anzutreffen; sie erfolgt immer dann, wenn nach Ansicht von Schöll der Dreher zuviel verdient hat. Die Parteitätigkeit geht in dieser Branche sogar soweit, daß die Arbeiter, die der Feuerwehr angehören, ein größeres Quantum Puhlappen erhalten als die jugendlichen und die als „rot“ bekannten Personen. Das zum Hüben erforderliche Petroleum und Öl wird sehr knapp ausgegeben, sauber sollen aber die Maschinen sein. Groß ist die Anteilerei bei Meister Salger, im September von 1/6 Uhr früh bis abends 7 Uhr geschäftet worden mußte. Kam jemand später oder ging früher fort, gab es jedesmal großen Krach. Entweder heißt es: „Ich weiß schon, warum Sie nicht arbeiten, Sie sind bloß verheiratet“, oder es heißt: „Ihre Partei leidet es wohl nicht?“ Anderen wird gesagt: „Wenn Sie nicht länger arbeiten, können Sie gehen.“ Die Lohnverhältnisse sind derauf, daß Arbeiter in 136 Stunden 25 M. verdienen. Ein Dreher, der alle kleinen Arbeiten machen mußte und deshalb aufhörte, hatte auch 25 M. in zwei Wochen verdient, am Sonntag zuvor 24 M., wo ihm aber 40 M. geschrieben wurden. In der Gießerei Abteilung 2 sind auch Leute entlassen worden, während im Bauhofbau bei Meister Hänel wieder Formen eingefstellt wurden. Es hat überhaupt den Anschein, als ob die Entlassung der einzelnen Formen nur erfolgt, um die anderen geeigneter für die Lohnreduktion zu machen. Mit Hilfsarbeitern wird sehr gespart, die Formen müssen die Siebmacherei selbst bedienen. Ein Kranführer wurde entlassen, so daß ein Führer zwei Krane zu bedienen hat. Das Beamtentum hat sich im ganzen Betrieb in den letzten Jahren bedeutend vermehrt; es gibt Leute darunter, denen die praktischen Kenntnisse fehlen. In der Gießerei ist ein Oberingenieur, dem es schwer fällt, Graphit von Streifen zu unterscheiden. War es in diesem Betrieb doch möglich, daß sich ein gewisser Söldlin unter dem Namen B. Galin als kaufmännischer Direktor einschleichen konnte, der für 100 000 M. Aktien fürstete. Dafür hat die sächsische Maschinenfabrik vergleichsweise 80 000 M. zu zahlen. Der Betriebsdirektor muß jetzt 6 Jahre im Zuchthaus über seine Tat nachdenken. Sicher wäre dem Betrieb besser gedient, wenn die große Zahl der Beamten sich mehr um die Mißstände im Betrieb kümmern als um die Arbeiter, ob diese gewerkschaftlich organisiert sind. Wie man aber bemerkt ist, die Organisierten aus dem Betrieb zu verdrängen, zeigt folgende Notiz in Nr. 235 der Chemnitzer Volksstimme: „Gemaßregelt wurde in der sächsischen Maschinenfabrik ein Kollege, der zum Vorstandsmitglied der Allgemeinen Krankenkasse für Maschinenfabriken und Eisengießereien der Stadt Chemnitz gewählt war und länger als 13 Jahre in der sächsischen Maschinenfabrik beschäftigt ist. Dieses Vorkommnis wirkt ein großes Licht auf das soziale Empfinden der Leitung dieses Betriebes und der Metallindustrie. Die Arbeiter der sächsischen Maschinenfabrik wünschen es — und haben auch einen berechtigten Anspruch darauf —, daß einer ihrer Kollegen dem Vorstand dieser Kasse angehört, um ihren Interessen dort Geltung zu verschaffen. Bisher aber sind fast alle Arbeiter dieser Firma, die in den Vorstand der Kasse gewählt wurden, gemäßigert worden, sobald sie ihre Pflicht erfüllen und der modernen Arbeiterbewegung angegeschlossen waren. Hier Wandel zu schaffen, ist Aufgabe aller Arbeiter der sächsischen Maschinenfabrik. Das ist nur dann möglich, wenn sie Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden.“ Sehr richtig ist es, was die Volksstimme schreibt: würden alle Arbeiter der sächsischen Maschinenfabrik sich organisieren, wäre es ein Leichtes, die Beamten in die Schranken zu weisen. Wenn aber die Lethargie derart Platz greift, wie bei einem Schloßer, der, als ihm am Sonntag ein Abzug von 2,50 M. gemacht war, anstatt Anspruch zu erheben, sagte: „Na, deswegen bleiben wir's noch“, dann tritt keine Besserung ein. Oder wie in Branche 8, wo sich ein Schloßer, der 20 M. in zwei Wochen verdient, 20 M. ins Konto schreiben ließ, wo er doch hätte darauf dringen sollen, daß die Affordpreise erhöht wurden. Daß Arbeiter 50 bis 60 M. stehen lassen, ist nichts Seltenes, darüber wird es sicher nicht besser; das zeigt sich darin, daß jetzt für Vorratsmaschinen der Preis bis um 30 Prozent herabgesetzt wird. Der Arbeiter soll alle Lasten tragen, wenn aber der Ingenieur Rufsch einen einzigen Mann mit dem großen Motor die ganze Nacht arbeiten läßt, dann kommt es nicht darauf an. Die von diesem Arbeiter gefertigten Teile sind dann eine Zeitlang liegen gelassen, bis sie gebraucht werden. Beklagen sich die Arbeiter über die höchsten Löhne, sagt Rufsch gewöhnlich: „Sie können nicht arbeiten“ oder: „Sie sind ein faules Luder.“ Zu beachten ist noch, daß die Zahl der Arbeiter in Branche 4 fast um die Hälfte zurückgegangen ist. Vor 10 Jahren waren dort 2 Meister, 1 Ingenieur, 1 Oberingenieur und 3 Expedienten tätig. Heute gibt es dort 6 Meister, 2 Ingenieure, 2 Oberingenieure, 3 Kalkulatoren, 4 Expedienten und einige Lehrlinge. Trotz der im allgemeinen gestiegenen Beamtenszahl erzielte die Firma im Geschäftsjahr 1908/09 einen Reingewinn von 1 915 533,18 M. und zahlt den Aktionären 11 Prozent Dividende. Die Arbeiter der sächsischen Maschinenfabrik ersehen also, daß sie wohl berechtigt sind, bessere Löhne zu fordern. Um diese aber erreichen zu können, müssen sie unter sich einig sein, müssen sich organisieren und durch bereinte Kraft für bessere Zustände kämpfen.

Düren. Seit ungefähr sechs Jahren besteht hier eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes. In dieser Zeit hat sich manches Aufregende in der hiesigen Metallindustrie ereignet. Erinnert sei an die Streiks bei Deutzen in Hoven, auf den Dürener Metallwerken und in der Dampfheißfabrik von Betsch-Dereuz. Doch das Rad der Zeit mochte rollen zum ersten oder zumungunsten der Metallarbeiter, unsere Zahlstelle war der ruhende Pol in der Entscheidung des Streiks. Sie wollte nicht recht geben. An Versuchen, die Mitgliederzahl zu steigern, hat es nicht gefehlt. Öffentliche Metallarbeiterversam-

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 28. November der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Novbr. bis 4. Dezbr. 1909 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 6 des Verbandsstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Eßlingen a. N. 20 S pro Quartal und Mitglied.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart:
Der Eisendreher Karl Waldherr, geb. am 21. Januar 1870 zu Würzburg, Buch-Dr. 354915, wegen betrügerischer Manipulationen mit Beitragsmarken.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eßlingen:
Der Metallarbeiter Joh. Probst, geb. am 25. Juli 1875 zu Dittfel, Lit. A. Buch-Nr. 342984, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rippstadt:
Der Schmied Ernst Scheidt, geb. am 2. September 1883 zu Magdeburg, Lit. A. Buch-Nr. 395551, wegen unkollegialen Verhalten.

Gestohlen:
Lit. A. Buch-Nr. 83956, lautend auf Buchhändler Amadeus Bion, geb. 29. Januar 1890 in Kößlau (Leipzig).
Lit. A. Buch-Nr. 207564, lautend auf Dreher Hans Giff, geb. am 27. Juli 1890 zu München (München).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16a** zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

- von Dreher nach Markranstädt (Automobilfabrik G. Kuppe) D.;
- von Feilenbauern und -Schleifern nach Verdau i. Sa. (Firma Fröhlich) D.;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Lachen (Sa. Vonderheden, Grau- und Stahlgießerei) St.; nach Cannstatt (Sa. Kfmann & Stodter) D.; nach Genf (Schweiz) D.; nach Gmund (Nis & Schweizer) M.; nach Hamn (Weiß, Herd- und Ofenfabrik, C. W. Wilms) D.; nach Hattlingen (Eisengießerei Henrichshütte) D.; nach Kanaftatt (siehe C.); nach Krefeld (Sa. Schwere, Maschinenf.) R.; nach München-Gladbach (Frenien & Vogel) L.; nach Neudrandenburg (Eisenwerk) D.; nach Pasjewalk (Firma Behrendt); nach Remscheid (Eisenhütte) D.; nach Überlingen (Sa. Blesch, Eisengießerei und Maschinenfabrik) M.;
- von Goldschlängern nach Dresden D.; nach Schwabach D.;
- von Mechanikern nach Halle a. S. (W. Krebs, Schreibmaschinenbau) D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bonn (Bommer Maschinenfabrik vormals Monteböller & Co.) R.; nach Crailsheim (Schloßfabrik) M.; nach Gmund (Schwab) D.; nach Göttingen (Gebr. Ruytrat, elektrotechn. Fabrik) M.; nach Gagen i. Weßf. (Firma Burchhaus & Plate und Tang & Co.) D.; nach Königsberg i. Pr. (Union, Gießerei, Maschinenfabrik, Kessel- u. Solomotoren) R.; nach Liegnitz (Sa. Gubisch) R.; nach Patotschau i. Sch. (Feuerwehrgerätefabrik Gebr. Kießlich) St.; nach Salzwede. (Sa. C. Kleinloß, landwirtschaftliche Maschinenfabrik) M.; nach Sindelfingen (Firma Vierlamm, Bohrmaschinenfabrik) St.; nach Würzburg (Aktien-Gesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen vormals Gebr. Ruybaum) D.;

lungen, Flugblätterverteilungen, Agitation von einem dazu bestimmten auswärtigen Kollegen übernommen nicht, die Verantwortung der Metallarbeiter zu werden. Und doch ist es Tatsache, daß die Verhältnisse der Metallarbeiter meist und öfters nicht so schlecht ist als sie in den Büren. Es lag daher so aus, als ob die Dürer Metallarbeiter überhaupt keinen Lohn hätten, und zum Teil nicht dies auch zu. Vorhin, einem Jahr oder zwei, und eine unerbittliche Behandlung brachten während ein Mannes, aber nur da, wo es der Dürer nicht diente. Ein Widerspruch wurde selten gemacht, aus Angst vor Entlassung oder noch schlimmerer Behandlung. Wurde es doch einem oder anderen zu bunt, dann verließ er den Betrieb, um in einem anderen wieder in das gleiche Joch gespannt zu werden. Die Metallarbeiter, die es gar nicht ersehen wollten, daß sie nur zum Arbeiten und Zulden von Gott auf die Erde gesetzt seien, wandelten nach fortwährendem Repressalien ihrer Vorgänger von einem Betrieb zum anderen. So waren so dann schnell als unbarmhzig bekannt und jeden schickte die Unmöglichkeit vor Augen, in Dürer noch Arbeit zu erhalten. Sie mußten dann entweder den Dürer, Staub von den Antofeln schütteln oder ingrimmig um Gnade flehen, um dann in irgend einem Betrieb die Stunde zu erwarten, wo der Tod sie ertöte. Die wohlthätige Wirkung einer starken Organisation wurde nicht erkannt, oder man schreie vor den Schier unüberstehbaren Hindernissen, die sich da entgegenstellten, zurück. Allzu langsam und allzu dornenvoll sah man den Pfad, der zum Ziele führte, vor sich. Schon in den 80er Jahren hatten die Arbeiter eine ziemlich stark organisierte Organisation in Dürer. Vor einigen Jahren konnten die „Christlichen“ von sich behaupten, über 600 Mitglieder zählte ihre Ortsgruppe, und dennoch sehen wir heute die übergroße Mehrheit der Dürer Metallarbeiter als unorganisiert den Kampf ums Dasein führen. Ein solches Festhalten an dem einmal Erreichten ist fast gar nicht zu bezweifeln. Auch heute noch glauben die meisten Kollegen, daß sie nach 14jähriger Zugehörigkeit zur Organisation schon ihre sonst so schmerzhaft gefüllte Substanz zum Hebeln voll haben müssen. Geht das nicht in Erfüllung, so erlischt das muntere aufgeregte Feuer wieder gänzlich, die alte Mut- und Interesslosigkeit hat dann den Sieg davongetragen. Entweder kehrt man der Organisation den Rücken oder man zahlt ruhig seine Beiträge und läßt die Dinge laufen, wie sie wollen. Kampfesmut und Ausdauer in der Agitation findet sich nur bei wenigen Kollegen. So erging es letztendlich dem Formerverband, so den „Christlichen“ und den „Hirsch-Dunderlachen“. So war es auch bis vor kurzem um unsere Ortsgruppe bestellt. Und doch ist die Agitation nicht so schwierig. Viele unorganisierte Metallarbeiter gehörten heute unserem Verband an, wenn von unseren Kollegen mit Nachdruck gearbeitet würde. Die Unorganisierten sind so, daß es ihnen schon jubelnd Abwendung vom gewöhnlichen Schicksal dünkt, wenn sie auch nur den Aufnahmestempel ausfüllen. Sie erwarten diese Arbeit von dem, der sie anpricht, in den Verband zu kommen. Das sollten unsere Kollegen beachten. Immer und immer wieder müssen sie die Unorganisierten aufzurufen suchen. In letzter Zeit sind wir ja etwas vorangeschritten, doch diese Fortschritte können doch lange nicht befriedigen. Nur durch das allzu rigorose Vorgehen des Herrn Hermann gelang es uns, einen großen Prozentsatz der bei ihm beschäftigten Arbeiter zu gewinnen. Auch in anderen Betrieben ging es in die Höhe. Das darf uns aber in keiner Weise befriedigen. Je mehr Kollegen sich uns anschließen, desto fleißiger müssen wir die Werksarbeiten rühren. Ein enger Zusammenschluß der Berufsleute unter sich und ein weites Bündnis von denen, die an der Erhaltung der heutigen Zustände ein Interesse haben, ist nötig. Wir müssen die alten Gebrauche der Vorjahren, die zur Sklerose und zur Trägheit der Arbeiter führen, ablegen. Ein organisierter Arbeiter gehört nicht zum einflussreichen Klub der Vereinsmitglieder. Treu dem Ziele, das in der Befreiung der leidenden Menschheit vom Joch des Kapitalismus gipfelt, soll und muß sein Denken nur dem Kampf für Verbesserung unserer Lage gewidmet sein. So richten wir auch an die Dürer Kollegen die Mahnung, zu dem jüngsten Nachwuchs noch neuen und stärkeren zu schaffen. Je größer die Zahl der Organisierten, desto geringer und leichter zu gewinnen wird die Zahl der Unorganisierten. Vor allem ist ein fleißiger Versammlungsbesuch erforderlich. Ohne Mühe kein Lohn.

Göppingen. Die Praktiken der Württembergischen Metallwarenfabrik, Zweigniederlassung (Göppingen). Nachdem bei der Firma der Geschäftsgang schon längere Zeit ein sehr flauer war und Entlassungen in größerem Umfang vorgenommen wurden, ist die Konjunktur wieder eine bessere geworden. In verschiedenen Blättern wurden deshalb Metallarbeiter geprügelt. Darum haben sich mehrere Arbeiter, die letzter Jahreslauf im Betrieb tätig waren, aber unter Angabe fadenförmiger Gründe entlassen worden waren, wieder um Einstellung an die Betriebsleitung gewandt. Wer aber glaubte, die Firma, die sich mit ihren Beschäftigten einverstanden gerade den Mangel der Arbeiterfreundlichkeit nachwies, würde ihre ehemaligen Arbeiter einstellen, hatte sich getäuscht. Sogar solche, denen der Kündigungszettel ins Haus geschickt worden war, als sie krank waren, werden erst wieder in zwei Jahren eingestellt. Diese Taktik ist darauf angelegt, den Arbeitern die Macht zu nehmen und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Organisation zu zerstören. Wenn die Firma aber glaubt, die Interesslosigkeit ihrer Arbeiter werde ewig dauern und sie ohne die Arbeiterorganisation aus ihrem Betrieb herausziehen, dürfte sie sich doch täuschen. Es wird die Zeit kommen, wo auch diese Herren sich sein werden, die hinausgeworfenen Arbeiter wieder beschäftigen zu dürfen. Obwohl mit einer geringeren Arbeiterzahl produziert wurde, hat sich der Profit im letzten Geschäftsjahre erhöht, was nicht zu verkennen ist, wenn man sich die neuen Mängel genau betrachtet. Diese sind so niedrig anzusehen, daß es sich bei größtem Fleiß nicht möglich ist, den Verdienst letzter Jahre zu erreichen. Hoffentlich sehen die Arbeiter endlich ein, daß nur eine feste Organisation diesen Zustand ein Ende machen kann.

Greiz i. B. Als vor vier Jahren die Arbeiter der Sauerbrennerei von Hermann Große in Greiz die Arbeit wegen schlechter Behandlung u. s. w. niederlegten, gab Herr Große das feierliche Versprechen, daß die Behandlung eine bessere werden sollte, der gewöhnliche Arbeiterentlohnung wurde anerkannt, die schlechter behandelten Arbeiter sollten im Lohn aufgehoben werden. Darauf glaubte die Arbeiter den Worten des Herrn Große und nahmen nach zurückgegangener Arbeit wieder auf. Die Zeit es war in diesem Betrieb auch so feierlich abgegebenen Versprechen, daß die Behandlung gut sein in den vier Jahren so geblieben, daß es bald nicht mehr auszuhalten ist. Demnach richteten sich die Beschwerden der Arbeiter hauptsächlich gegen den Betriebsleiter. Herr Große aber besteuerte die Arbeiter. Bei dieser einen Arbeiter etwas zu sagen oder eine Anweisung zu geben, so wird das weitaus mit heftiger Ungehörigkeit geantwortet, so daß es im ganzen Betrieb gehört werden kann. Wenn Arbeiter nach es Herr Große zur Seite übergeben, daß „ja“ „nein“ Arbeiter kann und jedoch schmerzhaft sind; oder aber er kann die Entfernung zwischen sich und dem organisierten Arbeiter nicht richtig einschätzen, so daß überhaupt keine Differenz von einem Arbeiter zum anderen bei ihm besteht. Verhält sich ein so ungeschickter Arbeiter diese Art und Weise, so ist Herr Große immer zu schuldigen bereit. So hat er schon mehrere Schläger am Hals gepackt und ihnen Durscheit angedroht. Ganz besonders werden die Lehrlinge damit sehr reichlich bedacht. Daß man die Arbeiter noch nicht mit gleicher Rücksicht behandelt haben, hat wohl seinen Grund darin, daß sie sich mit Herrn Große nicht auf eine Stufe stellen wollen. So die Behandlung ist es, die im dementsprechend in der Regel auch der Lohn ist. Das finden wir hier im letzten Jahre bestätigt. Die Löhne betragen sich zwischen 22 und 36 S pro Stunde. Der Lohn von 36 S erhalten 3 bis 4 Mann, alle anderen sind mehr oder weniger unter diesen 36 S. Als wichtige Nebenbedingung ist die Teilnahme zur Solidarität einzufließen. Auch die Festlegung der Löhne ist in hoher Höhe. Bei 23 Schloßern und Drechern sind 13 Lehrlinge beschäftigt. Die Knipser führen 2 Schloß, 1 Metzger und 1 Schneider. Wenn die Löhne während der guten Geschäftslage nicht mehr, so hat doch die Firma die Löhne sehr wohlwollend abgemessen, indem sie die Löhne um ein weiteres herabdrückte. Es ist ein Kennzeichen der von Glück reden, wenn über 25 S pro

Stunde geboten werden, verlangt einer gar 28 bis 30 S, so kann er sicher sein, ein großes Kommando hören zu müssen über Selbstbräusen u. s. w. Das Selbstbräusen scheint bei dieser Firma ein unüberwindliches Requill zu sein; denn schon der Vater, der Gründer des Geschäftes, hat es fleißig praktiziert. Als der in den folgenden Jahren nach Greiz kam (als damaliger Zimmermeister), verlegte er sich auf den Bau von Saugmaschinen. Da hat er das „Selbstbräusen“ so stark betrieblen, daß er es zum wohlhabenden Mann gebracht hat und sich schon seit mehreren Jahren vom Geschäft zurückziehen konnte. Das „Selbstbräusen“ überläßt er jetzt seinen Söhnen. — Damit haben die Kollegen ein Bild, wie herrlich es ist, bei der Firma Hermann Große beschäftigt zu sein. Gleichzeitig mögen aber auch alle Schloßer und Drecher es sich zur Richtschnur dienen lassen, falls sie das Geschäft einmal nach Greiz verschlagen sollte, um den Betrieb der Saugmaschinenfabrik Herrn Große einen möglichst großen Bogen zu machen, denn zu holen ist dort nichts. Es atmet jeder erleichter auf, bei diesen Betrieb verlassen kann.

Melberich. (Christlicher Schindler.) Die „Christlichen“ hier in Melberich sollte in der ganzen Umgebung haben sich wieder einmal etwas Besonderes geleistet, indem sie ein Flugblatt vom Stapel gelassen haben mit der stolzen Überschrift: „Zehn Jahre gewerkschaftliche Arbeit und Kampfe.“ Noch nie sind die Arbeiter so belogen worden, wie in diesem Flugblatt. Da steht unter anderem: „Wie sah es vor zehn Jahren im hiesigen Industriebezirk aus? Um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, einen Blick in die Vergangenheit zurückzuwerfen, um die traurigen, teilweise geradezu trostlosen Zustände zu vergegenwärtigen, in welchen sich die Metallarbeiter befanden.“ Nun, du schwarzer Flugblattschreiber, glaubst du denn, wir hätten vor zehn Jahren und bisher geschlafen und wußten nicht, was vor zehn Jahren war und was heute ist? Vor zehn Jahren standen im hiesigen Bezirk die Hüttenarbeiter sich bedeutend besser als heute. Innerhalb der letzten Jahre ist die Produktion dermaßen in die Höhe getrieben worden, wie es wohl niemand geglaubt hätte, dazu gab es aber Lohnfällungen, daß es geradezu haarsträubend war und auf allen Werken sind regelrechte Feiertage eingelegt worden. Noch nie haben sich die Hüttenarbeiter in einer so traurigen Lage befunden wie heute! Weiter wird in dem Flugblatt geschrieben, die Gründung des „Christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes sei eine Notwendigkeit, eine hervorragende Tat ersten Ranges gewesen. Der Abgeordnete Behrens sagte aber vor ein paar Wochen in einer Versammlung hier in Melberich: Infolge des kolossalen Anwachsens der freien Gewerkschaften wäre es notwendig gewesen, auch „Christliche“ Gewerkschaften zu gründen. Auch andere „Christlichen“ haben schon das gleiche gesagt. Man kann danach nur staunen, mit welcher Unberücksichtigung in dem Flugblatt geschwändelt wird. Es werden darin zum Beispiel auch Werke genannt, in denen die „Christlichen“ Erfolge errungen haben wollen. Es bleibt dabei kein Werk unerwähnt, auch wenn die Hüttenarbeiter nur einen Mann darin hatten. Es schadet nichts, denkt der Verfasser. Die Hauptsache ist ihm, recht häufig auf die Sozialdemokraten zu schimpfen. Am 12. Oktober fand in Laar eine Versammlung der „Christlichen“ statt; da war es Herr Franzen, der ausrief: „Ja, auf den Schanden Werken in Großenbaum sind wir so stark, daß es sich die Firma wohl überlegen wird, den Arbeitern Lohnabzüge anzubieten.“ Ein paar Tage darauf belamten die Arbeiter dieses Werkes einen Abzug bis zu 30 Prozent, Herr Franzen aber hat mit seinem „Christlichen“ Verbänden nichts dagegen machen können. Trotz der „großen“ Ausgaben wären die Kassenverhältnisse im „Christlichen“ Verbänden besser als im sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband, renommierter das Flugblatt. Wenn man hohe Beiträge erhebt und wenig dafür leistet, kann man pro Kopf leicht einen hohen Bestand haben. Es wird die Zeit schon kommen, wo die Mitglieder des „Christlichen“ Verbandes „Laten“ sehen wollen. Ueber das Flugblatt haben sogar Anhänger der Christen den Kopf geschüttelt, die Ausschüsse und der Schwindel schenken ihnen zu arg. Das können wir den „Christlichen“ Strategen sagen: durch solche Lügen bekommt ihr die Leute nicht in euer Verbände, wir werden auf der Wache stehen. Wenn weitere zehn Jahre verfließen sein werden, wird der Deutsche Metallarbeiter-Verband allein hier maßgebend sein. Zum Schluß wollen wir den Hirsch-Dunderlachen Gewerkschaft nicht verzeihen, dessen Agitationsleiter in einer „Christlichen“ Versammlung den Abgeordneten Behrens aufforderte, die „Christlichen“ sollten sich mit den Hirsch-Dunderlachen zusammenschließen, um gemeinsam gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften anzukämpfen, denn diese seien die alleinigen Feinde unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Die „Christlichen“ lehnten das Gesuch aber ab, weil in der Bekämpfung der Sozialdemokratie die Hirsch-Dunderlachen nicht genug Energie besäßen hätten.

Metallarbeiter.

Lüdenscheid. Die Firma Gerhardt & Co. jandte uns zu dem Bericht in Nr. 46 folgende Mitteilung: Es entspricht nicht der Wahrheit, daß die Arbeiter den alten Lohn verdienen. Der neue Lohn ist die Krone der vorher gegebenen Wille zugrunde gelegt und ist nur da Erhöhung eingetreten, wo in diesen Dingen Lücken waren. Der frühere Lohn kann deshalb seitens der Arbeiter nur bei entsprechenden vergrößerten Leistung erreicht werden. Die Entlohnung der Delegierten in unserer Arbeiterschaft ist nicht auf Ansuchen der Dürer erfolgt, sondern auf unsere Veranlassung, um eine Einwirkung der Organisationsangelegenheiten in unsere Fabrikangelegenheiten zu beschließen. Die in den Synvaldierstreit eingetretenen Arbeiter, Metzger und Schloßer sind nur unter der Bedingung wieder eingestellt, daß sie für den Streit in den Synvaldierstreit ein Kesseldienst leisten. Die ganze Einwirkung ist nur auf Seiten der Arbeiter zu erwarten. — Darauf erwidert der Einleger des Berichtes in Nr. 46: Der Inhaber der Firma Gerhardt & Co., Herr Siciak, will bei dem Streit nicht weichen haben, sondern er möchte die Verantwortlichkeit gegenüber jeder als ein Mann übernehmen, der besonders kann ist. Wegen des Lohnes habe ich ja auch nie behauptet, daß die von ihm zuerst festgesetzten Lohnsätze nicht anerkannt werden könnten. Nachdem dann die Firma schließlich den Arbeitern Zugeständnisse gemacht hatte, wurden diese, weil ungenügend, ebenfalls nicht anerkannt. Die neue Abfindung wurde mit einer Konzession der Streikenden abgelehnt. Jederfalls sind die Arbeiter in der Lage herzutreten zu können, ob der alte Lohn verdient werden kann. Daß die Firma mit der Schließung des Arbeitervereins des Eingetragten der Verbandsangelegenheiten verhindert wird, glauben wir. Wir wünschen aber auch, daß die bei der Firma beschäftigten Arbeiter nicht wieder zurückgefallen haben, gegen Lohnabzüge Stand zu machen. Deshalb der in den Synvaldierstreit eingetretenen Arbeiter demersu ist nur, daß die Arbeiter ohne Kündigung in den Streit eingetreten sind. In ein paar Wochen, die ein eine Spitzelklotz der Arbeiter entrichtet werden sollten, lassen wir keine Einwirkung scheitern.

Rundschau.

Kaiserslauter Bergarbeiterstreik. Die wir über in der vorigen Nummer berichteten, hat die Streikleitung erproben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es war unter den streikenden Umständen in der Tat das Beste, was man bei der Streikenden erwarten konnte, den Kampf abzubrechen und sich für die Zukunft vorzubereiten, um bei passender Gelegenheit wieder aufzunehmen. Durch eine große Anzahl von Streikbrechern war der Erfolg schon von vornherein sehr gefährdet, und dadurch, daß die Streikenden und des Wütens dem Streikbrechern jeden möglichen Vorbehalt leisteten, wurde die Zahl der Streikbrecher natürlich nicht geringer. Auch das letzte Mittel der Einwirkung, die Abwanderung, versagte, denn es gelang nur, 200 Bergarbeiter auswärts in Arbeit zu bringen, obwohl der Streikleitung für mehr als 1700 Mann Erwerbsloshaltung versprochen worden war. Auch jetzt die Unternehmer nicht die verprochenen Stundenlöhne. Unter solchen Umständen ist ein Streik auszuführen

nicht ausreicht zu erhalten. Die Entscheidung trafen die Vertrauensmänner und Gewerkschaftsleiter, die mit 20 gegen 2 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschloßen. In 14 Gewerkschaftsversammlungen wurde den Streikenden der Beschluß der Konferenz unterbreitet und mit einer Ausnahme stimmten sämtliche Versammlungen dem Beschluß einstimmig.

Der Mandatler Landrat v. Cassel hat bei diesem Streik in einer Weise zugunsten der Bergarbeiter eingegriffen, die man nicht ausdrücklich charakterisieren kann, wenn man nicht mit dem Staatsanwalt in Konflikt kommen will. Sein Benehmen beim Abbruch des Streiks legt aber allem die Krone auf. Im Bureau des Betriebsführers Schimp vom Kreisamt hat er den Bergarbeitern durch Handschlag das Versprechen abgenommen, daß sie aus dem Bodumer Verband austreten und nie wieder Mitglieder werden wollten. Als die Streikenden am 18. morgen nach dem Kreisamt kamen, um anzufahren, ob sie wieder anfahren dürften, fanden sie den Eingang durch 1 Leutnant, 2 Unteroffiziere und 12 Soldaten bewacht, dazu kamen 6 Genarmen aus der Gegend, die die „Ordnung aufrechterhalten“ sollten, während auf dem Bureau des Betriebsführers der Landrat v. Cassel, Amtmann Spielmann und in einer Ecke ein gutmütig dreinschauender Genarm amtsdienlich waren. Der Landrat nahm sich die Leute zuerst vor und fragte jeden: „Keinen Sie mit? Denen, die ihn nicht kannten, sagte er: „Ich bin der Landrat von Mandatler; damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben.“ Dann fragte er, weshalb die Leute sich am Streik beteiligt hätten, ob sie dem Bodumer Verband beigetreten, ob sie Soldat gewesen und Mitglieder des Arbeitervereins seien. An die, die Soldat waren, richtete er dann folgende „feierliche“ Worte:

„Mann! Erst haben Sie den Fahnenstab geleistet, haben unserem Kaiser Treue geschworen und jetzt wollen Sie helfen, unseren Kaiser abheben. Verjprechen Sie mir, aus dem Verband auszutreten, ich nicht wieder an sozialdemokratischen Bestrebungen zu beteiligen, sondern eingebend Ihres Fahnenstabes treu zu Kaiser und Reich zu halten, dann werden wir zusammenarbeiten, wie es vorher geschah.“ Bei diesen Worten richtete der Landrat den Leuten die Hand und sagte dann dem Betriebsführer: „Nehmen Sie den Mann wieder an!“ Dieser Vorgang steht in der Geschichte der Arbeiterkämpfe in Deutschland wohl einzig da; aber er zeigt, wie einzelne Beamte die Geschäfte der Unternehmer besorgen. Die Handlungswerte des Landrats ist ungeschicklich und charakterisiert ihn als ein strafbares Vergehen gegen das § 153 der Gewerbeordnung, weshalb die Belegschaft des Kreisamts eine telegraphische Beschwerde an den Oberpräsidenten v. Schöfel abgehandelt hat, in der sie eruchte, das Disziplinarverfahren gegen den Landrat einzuleiten. (Was wohl kaum etwas nützen wird. Red.)

Vor dem Gerichtshaus standen etwa 400 Bergleute, als der Landrat das Bureau des Betriebsführers verließ. Er grüßte militärisch, ohne dabei einen Gruß erwiderte, worauf der Landrat mit lauter Stimme rief: „Gülden, Kameraden!“ Aber nicht ein Mund öffnete sich zum Gegenruf. Unwillig bestieg er dann mit einem Genarm seinen Wagen und fuhr davon. Noch schämmer ging es dem Direktor Vogelgang, als er am 14. November in Eisleben nach Schluß einer Versammlung im Bürgergarten mit seinem Auto in Begleitung zweier Offiziere durch die Hauptstraße fuhr, wo die Bergleute in großen Trüppchen heimkehrten. Er wurde aus gepfeiffen. Gleich am Direktionspalais, sobald er eingestiegen war, ging das Pfeifen los, und er mußte sich diese Ovation gefallen lassen.

Im übrigen herrscht im Mandatler Bergrevier ein wahres Schredensregiment. So half zum Beispiel auf dem Schöthaler Schacht der Oberwachmeister Nagel bei der Arbeiterannahme die Streikposten auszufragen. Kam einer der Streikposten gestanden hatte, so sagte er: „Der ist uns auch bekannt.“ Die „Bekannt“ wurden nicht wieder angefragt. Am 15. November waren schon 600 dauernd Gemahregelte bekannt. Nun wird die Verbandsleitung sich zwar der Gemahregelten annehmen; allein man muß sich dennoch fragen, wo das hinaus will. Die Bergleute in ihrem Siegestaumel übersehen vollständig, daß in einer Arbeiterpartei, der man so etwas zu bieten mag, sich ein ungeheures Maß von Erbitterung ansammeln muß und daß dieselbe Arbeiterpartei bei der nächsten Gelegenheit von neuem den Kampf gegen ihre Unterdrücker aufnehmen wird, aber dann hoffentlich mit besserem Erfolg.

Gewerkschaftliches.

Buchbinder. Die Buchbinder-Zeitung, das Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes, konnte ihr 25 jähriges Jubiläum feiern. Am 16. November 1884 erschien in Berlin die Allgem. deutsche Buchbinder-Zeitung, deren verantwortlicher Redakteur Paul Zahn war, während W. Zilgner als Verleger und Expedient und W. A. M. er als Drucker genannt wurden. Es bestand damals aber noch ein anderes Buchbinderorgan, nämlich die Buchbinder-Zeitung, deren Redaktion, Druck und Verlag Herr S. K. A. M. in Leipzig besorgte. Der jetzige sozialdemokratische Reichstagskandidat war, nach der später zum sozialdemokratischen Führer der Prinzipale im großen Buchbinderstreit von 1891/92 umgewandelt. Die beiden Konkurrenzorgane gerieten verschiedentlich aneinander, obgleich sie grundsätzlich auf denselben Boden standen und den Zusammenschluß der Buchbinder in einem Parteiverband propagierten. Am 31. Dezember 1895 erschien die letzte Nummer der Leipziger Buchbinder-Zeitung. Anders erging es der Berliner Zeitung. Diese wurde am dem im Jahre 1895 zu Offenbach abgehaltenen Buchbinderkongress mit einer Stimme Mehrheit zum Verbandsorgan erklärt. Die Redakteure wechselten mehrfach. Seit dem 1. Februar 1906 war St. Michailis Redakteur. Als dieser vor einigen Monaten erkrankte, übernahm Stefan Heise die Redaktion zur Auffüll. Beim Antritt hat die Auflage wohl kaum 2500 Exemplare betragen. Jetzt ist sie auf 24 600 gestiegen. Wir wünschen dem Gewerkschaftsblatt, daß es noch recht lange seinen Beruf erfüllen möge.

§ 153.

Die Holzarbeiter-Zeitung ist in der letzten Lage, in ihrer Nr. 17 mitteilen zu können, daß auch diesmal ein Unternehmer auf Grund dieses Paragraphen der Gewerbeordnung wegen Terrorismus verurteilt worden ist. Sie schreibt: „Der jetzige Fall, daß ein Unternehmer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung verurteilt wird, hat sich nur in Altona wiederholt. Allerdings hat es auch hier Rube gemacht, die objektive Staatsanwaltschaft zum Eingreifen zu veranlassen, obwohl der Sachverhalt viel klarer lag als in vielen anderen Fällen, wo sich die Anklagebehörde die größte Mühe gibt, harmlose Handlungen von Arbeitern in Vergehen gegen den vorindien Paragraphen umzuwandeln. Die Erhebung der Anklage war zunächst abgelehnt worden, und es bedurfte erst einer Beschwerde des Geschädigten, um eine Verurteilung des Falles zu veranlassen.“ Im Frühjahr dieses Jahres führten die Stelmacher in Hamburg-Altona einen Streit. Ihre Forderungen wurden von einem Wagenfabrikanten beimilligt, der für eine amerikanische Gesellschaft arbeitete, welche einen ausgedehnten Handel mit Stellmachereisen und Wagenverbauteilen betreibt. Diese Bewilligung war den Stellmachereisen sehr unangenehm. Der Obermeister der Altonaer Stellmachereisen, der Stadtkorrespondent Kuppert, ging deshalb in das Bureau des Vertreters der amerikanischen Gesellschaft und verlangte, daß der dem Wagenfabrikanten erteilte Auftrag rückgängig gemacht werde, falls er die Bewilligung der von den Arbeitern gestellten Forderungen nicht zurückziehe. In dem Fall, daß die Firma sich weigern sollte, dem Befehl des Obermeisters Folge zu leisten, wurde vorgeschlagen, daß sie von den Stellmachereisen in ganz Deutschland boykottiert würde. Der in seiner Eigenschaft bedrohte Fabrikant brachte diesen Terrorismus zur Anzeige; es bedurfte aber, wie be-

reid erwidert, erst einer Vernehmung bei der vorgeschriebenen Behörde, um den Staatsanwalt zu veranlassen, Klage zu erheben.
 Am 12. November sollte sich nun der Obermeister Kuppert vor dem Schöffengericht in Altona zu verantworten. Er vertritt alleinstimmig die Ansicht, dass der Sachverhalt von den Zeugen so einwandfrei festgestellt ist, dass das Urteil wohl oder übel zu einer Verurteilung kommen müsste. Das Urteil lautet, milde genug im Vergleich zu den Urteilen, die bei ähnlicher Sachlage gegen Arbeiter gefällt zu werden pflegen, auf fünf Tage Gefängnis. Mit diesem Schöffengerichtsurteil ist der Prozess in keineswegs erledigt. Herr Kuppert wird die Sache zweifellos bis in die höchste Instanz verfolgen und nicht unversucht lassen, um von der ärgerlichen Strafe freizukommen. Wir sind auch überzeugt, dass ihm das gelingen wird. Bei den Verurteilungen wird ja schließlich etwas zu machen sein, dazu liegt der Terrorismus zu offensichtlich zutage. Aber am letzten Ende winkt immer noch die Gnade des Königs, die dem Obermeister sicher leuchten wird. Gerade das Vergnügungsrecht, welches in den meisten Fällen, wo Unternehmer in den Mägen des § 153 der Gewerbeordnung hängen bleiben, stets zur Anwendung kommt, zeigt, dass dieser Paragraph ein Ausnahmefallgesetz gegen die Arbeiter ist. Solange er besteht, kann von einer Rechtsgleichheit in Deutschland keine Rede sein.

Formenmeister und Spindel.

Der Düsseldorf'sche Volkszeitung ist eine „Vertrauliche Mitteilung der Eisen-Zeitung“ in die Hände gefallen. Nach dieser Mitteilung hat der Direktor Hängschel von der Eisen-Zeitung auf dem diesjährigen Verbandstag der deutschen Eisen-Industrie einen Vortrag über die „wahren Zwecke und Ziele des Deutschen Formenmeisterbundes“ gehalten. Danach sollen die Unternehmer die bei ihnen beschäftigten Formenmeister zum Eintritt in den Bund anregen, weil dessen Mitglieder die „zuverlässigste Elite“ für sie sind. Der Bund, der nach dem vom 8. Oktober datierten Zirkular in 16 Ortsvereinen 800 Mitglieder haben soll, unterhält auch einen Stellennachweis, der „ebenso zuverlässige wie nützliche Kräfte diskret und gebührenfrei vermittelt“. Seine Hauptaufgabe ist aber, eine Schutztruppe der Unternehmer gegen die Arbeiter zu sein, wie aus folgenden, im Auftrag des Bundesvorstandes „streng vertraulich“ Mitteilungen des Redakteurs in seinem Vortrag hervorgeht. Er führte nach Behandlung der auf technischem Gebiet liegenden Aufgaben aus:

„Es liegt in der Natur der Sache, daß der Meister am besten imstande ist, Charakter und Gesinnung der ihm unterstellten Leute zu beurteilen und zu sortieren, da er ständig mit ihnen im Gedankenaustausch bleibt, während viele Chefs oft ihre Leute kaum dem Namen nach kennen lernen.“ Der Meister wird mithin die unruhigen, störenden Elemente herausfinden und im Auge behalten. Bei der Entlassung solcher Arbeiter verständigt der dem Bund angehörende Meister seine Bundeskollegen über die Entlassungsgründe, und sind die Geheer auf diese Weise in den Geheimereien lahmgelegt, deren Meister dem Bunde angehören. Auf diese Weise werden nicht nur Streiks vermieden, sondern die Tatsache der Inanspruchnahme der Arbeiter, als derartige Elemente bereits vermeiden, in den Geheimereien Stellung zu nehmen, deren Meister dem Bunde angehören, weil sie wissen, daß sie in ihnen kein Glück mit ihrer Manufakturarbeit haben.

„Ich meine, gerade diese letztere Tatsache ist für die Geheimereier äußerst wichtig, denn jede Betriebsführung durch Streiks und ähnliche Differenzen mit den Leuten ist stets mit großen Unkosten für die Meister des Werks verbunden. Das wird aber anders, wenn der Meister dem Bunde angehört und durch ihn die Warnung vor solchen Geheimern unter Mitteilung von deren Namen erhält. Solange also ein großer Teil der Meister dem Bunde noch fernsteht, haben nur wenige Werke den Vorteil, gewarnt zu werden, und je mehr Meister sich dem Bunde anschließen, um so geringer dürfte die Streitzugefahr für die Geheimereibranche werden.“

Der Vorstand des Deutschen Formenmeisterbundes richtet nun an Sie, meine Herren, durch mich die ergebene Bitte, daß die Herren Geheimereier die in ihren Betrieben beschäftigten Meister auf den Deutschen Formenmeisterbund und seine Ziele aufmerksam machen und ihnen den Beitritt zum Bunde empfehlen.

Getrennt marschieren und bereit schlagen, war bekanntlich die gentile Grundidee des großen Schlachtenlenkers Moltke. — Nun, meine Herren, wir alle kämpfen mit den uns zu Gebote stehenden und erlaubten Mitteln gegen den gemeinsamen Feind der bestehenden Ordnung und des Vaterlandes; ich meine, die treue und zuverlässige Hand, welche ihnen durch mich der Deutsche Formenmeisterbund in diesem Kampfe bietet, ist es schon wert, festgehalten zu werden.“

Wenn Lebus das heißt, muß er vor Reid grün werden. Da hat er sich eine großartige Gelegenheit zu seinen Treibereien entgehen lassen. Das schöne Register hat aber doch ein Loch. Wir gönnen den Formenmeistern gewiß ihre Organisation und auch unsere Kollegen von der Brauerei der Formen werden es den Formenmeistern nicht verübeln, wenn sie sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten. Das Gleiche müssen die Formenmeister dann aber auch den Geheimern und den Geheimereier zugestehen. Wollen sie das nicht, so dürfen sie sich nicht beschlagen, wenn es zu unheimlichen Folgen führt. Der aber der Vorstand des Formenmeisterbundes sich nicht schämt, die von ihm vertretene Organisation in solcher Weise zu erniedrigen, wird ohne Zweifel ein Unpöbel sein. Dieser Spindelorganisation ein besonders Augenmerk zuzuwenden und jeden organisationsfähigen Formen- und Geheimereiarbeiter dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen.

Auch ein Fall von Terrorismus.

Jüngst brachte ein Teil der bürgerlichen Presse folgende Notiz: „Blutak eines Streikenden.“
 Karlsruhe, 16. November. Der dreißigjährige alte Arbeiter Leo Vetter aus Mühlhausen i. G. hat im benachbarten Durlach zwei verheiratete Arbeiterinnen der Zigarettenfabrik Metzger in Grödingen erschossen, da sie seiner Aufforderung zu streiken nicht nachkamen. Nach der Tat erschlug er sich der Mörder in seiner Wohnung.“

Von Reichsverbandern, Gelben und sonstigen Leuten dieser Sorte wird die Bluttat ohne Zweifel den Tabakarbeiterverband in die Schuhe geschoben werden. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Vetter war nicht organisiert und erst eben in die Metzgerische Fabrik eingetreten. Die beiden Frauen waren organisiert und sollten nun auf Vettlers Kommando streiken. Das haben die natürlich mit der Begründung verweigert, daß sie sich mit etwaigen Beschwerden zunächst an ihre Organisation wenden müßten. Ueber diese Weigerung aufgebracht und vielleicht durch andere, bis jetzt noch nicht aufgeklärte Umstände verärgert, beschloß Vetter, den beiden Frauen einen „Denkzettel“ zu geben, denn er äußerte sich schon einige Stunden vor der Tat den Arbeitskollegen gegenüber: „Ich höre heute auf und die beiden Frauen hören demnächst auch auf.“ Darauf beging Vetter die ungeliebte Tat.

Aus den Unternehmerverbänden.

Feilenhauer. Auf einen Ruf von Augsburg aus hatten sich am 7. November in Regensburg die Feilenhauermeister von Bayern ein Stellenschein gegeben. Von den 123 Feilenhauermeistern Bayerns waren ziele 35 Meister erschienen. Recht schlecht waren die Großstädte München und Nürnberg vertreten, da von letzterer Stadt 2, von Nürnberg 3 Meister anwesend waren. Die Kreise Ober- und Unterfranken hatten gar keine Vertretung gefunden, jedoch hofft man sie zu gewinnen desgleichen die Rheinpfalz. Die Führung der Verhandlungen übernahm der gut bekannte Herr Ludwig Rainer aus Augsburg. Der Syndikus Dr. Purpus aus Augsburg war ebenfalls anwesend, um an der Gründung eines

Landesverbandes für das Feilenhauer-Gewerbe Bayerns mitzuwirken. Die bereits fertiggestellten Verhandlungen werden angenommen und die Gründung beschlossen. Beschlüssen wurde, die Statuten und Verordnungen den Richterscheinen vorzulegen und in Kreisversammlungen für den Verband zu wirken. Die nächste Tagung findet in München statt. Viel geklagt wurde über das Schmierübernehmen. Ferner wurde zur Sprache gebracht, was für Mittel man anwenden will, um dem Uebel abzuwehren, das so viele Geiseln dem Beruf Vetter jagt.

Arbeiterversicherung.

Die Bewertung der Einträglichkeit in der Unfallversicherung. Nicht gering ist die Zahl der Arbeiter, die alljährlich auf dem allgemeinen Geschäftsfeld der Arbeit infolge eines Betriebsunfalles den Verlust eines Auges zu beklagen haben. Und besonders groß ist diese Zahl bei den Arbeitern der Metallindustrie; hier wiederum stellen den größten Prozentsatz dazu die Arbeiter, die Messerschmiede, die Stemmer. Wenn man aber annehmen wollte, die Häufigkeit solcher Unfälle, die den Verlust eines Auges zur Folge haben, hätte im Laufe der Zeit dazu geführt, daß für die Angehörigen einer Berufsart auch ein bestimmter Prozentsatz der Unfallrente festgelegt sei, so geht man fehl. Vielmehr ist der von einem solchen Unfall Betroffene bei der Bewertung der Unfallrente einem ständigen Einvernehmen in der Rechtsprechung der Spruchkörper in der Unfallversicherung, besonders auch des Reichsversicherungsamtes, ausgesetzt.

Wohl hat sich im Allgemeinen infolgedessen eine gewisse Grundlage für die Bewertung des Verlustes eines Auges gebildet, als dabei drei Kategorien von Arbeitern unterschieden werden: die landwirtschaftlichen, die qualifizierten und die nichtqualifizierten. Der Unterschied in den Rentenfähigkeiten zeigt sich aus den Sätzen von 20, 33 1/2 und 25 Prozent. Aber schon in der Beantwortung der Frage: welcher Arbeiter gehört zu den „qualifizierten“ und welcher zu den „nichtqualifizierten“? pendelt die Rechtsprechung hin und her. Nach der Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes gilt als qualifizierter Arbeiter, dessen Berufstätigkeit ein zweiseitiges oder ein besonders scharfes Sehen bedingt. Das Reichsversicherungsamt sieht aber in seinen Urteilen bei den Angehörigen eines und desselben Berufes solche Bedingungen bald für gegeben, bald wieder nicht.

Dafür ein paar Beispiele: Am 2. Juni 1905 entschied das Reichsversicherungsamt in der Sache des Meisters F. (M. N. 4016), daß eine Rente von 33 1/2 Prozent weiterzugewähren sei. Als Grund dafür wurde ausdrücklich die Art der Beschäftigung eines Meisters herangezogen. In demselben Jahre rechnete es einen gelerntem Techniker (M. N. 4213), der beim Meilen in ein Auge verloren hatte, nicht zu den qualifizierten Arbeitern und im Falle des Meisters M. (M. N. 1862) hob es das Urteil des Schiedsgerichts auf, daß den Verletzten unter folgender Begründung zu den qualifizierten Arbeitern rechnete: „Der Meister muß bei seiner Arbeit ganz besonders scharf auf einen Punkt sehen und für das richtige Aufflagern des Sammers sorgen, weil er bei der geringsten Abweichung durch einen fehlgehenden Sammerstich den vorstehenden Kollegen treffen und so schädigen könnte.“ Dann wieder, im Januar dieses Jahres, erfolgte in der Sache des Meisters G. (M. N. 951) eine Rentesenkung, wonach der Verletzte mit Rücksicht auf die Art seiner Tätigkeit als ein sogenannter qualifizierter Arbeiter galt. Das Reichsversicherungsamt sagte hier in der Begründung: „Die Meilen werden in alljährlichem Zustand eingeschlagen, eine Tätigkeit, die einerseits an das Sehvermögen erhebliche Anforderungen stellt, andererseits mit besonderer Gefahr für das unterlegte Auge verbunden ist und deshalb zu besonderer Vorsicht bei der Verrichtung der Arbeit nötigt.“

Wir sehen: einmal ist der Meister ein „qualifizierter“ Arbeiter und bekommt 33 1/2 Prozent Rente; ein anderes Mal ist er „nichtqualifizierter“ und muß sich mit 25 Prozent Rente begnügen. Die dem Schuldner im Urteilsfinden unterlegen auch die Angehörigen aller übrigen Berufsarten. Während zum Beispiel den Keilschmiedern B. (M. N. 6641), U. (M. N. 3337/2004), M. (M. N. 3492/2089) und W. (M. N. 1554) die 33 1/2prozentige Rente zuerkannt wurde, weil sie als qualifizierte Arbeiter angesehen wurden, ist den Keilschmiedern S. (M. N. 5710) und W. (M. N. 5936) nur ein Anspruch auf 25 Prozent Rente zuerkannt.

Eine weitere Rolle spielt bei der Bewertung der Einträglichkeit und bei der Rentenfestsetzung auch die Frage der „Gewöhnung“. Immer mehr kommt die Spruchpraxis der rentensetzenden Instanzen dazu, auch bei Verlust eines Auges mit einer „Gewöhnung an die Unfallfolgen“ zu rechnen. Und manche Kürzung der ursprünglichen 33 1/2prozentigen Rente auf 25 Prozent ist nur mit der „Angewöhnung“ begründet worden. Die Helfershelfer finden hier die Berufsgenossenschaften in den Verzen. Während es allerdings Ärzte gibt, die sich sträuben, die Frage einer wesentlichen Gewöhnung an den Verlust eines Auges zu bejahen, finden sich andere Ärzte, die stets, so oft sie von einer Berufsgenossenschaft dazu aufgefordert werden, bei dem Verletzten eine „Angewöhnung in erheblichem Grade“ konstataren. Sie geben sich dabei natürlich nicht Mühe, ihre „Feststellung“ wissenschaftlich zu begründen; das können sie gar nicht. Aber die Berufsgenossenschaften setzen nicht auf Gründe, wenn die Kürzung einer Rente in Frage kommt, und viele Schiedsgerichte erkliden ihre Aufgabe nur darin, das Gutachten des Arztes in die Form einer Gerichtsentscheidung umzuwandeln. So hängt die Unfallverlethten hier bei gänzlich vom Arzte ab.

In einer Doktorarbeit an der Universitäts-Augenklinik zu Kofstod über die Bewertung der Einträglichkeit und der Gewöhnung an die Einträglichkeit in forensischer Hinsicht“ sagt der Verfasser, nachdem er die Frage der „Qualifikation“ und der „Gewöhnung“ kritisch besprochen:

„Aus allen diesen Darlegungen geht hervor, daß der Augenarzt bei vielen dieser Fragen überhaupt nicht zuständig ist, weil er weder die Gewöhnung quantitativ zu schätzen in der Lage ist, noch auch den wechselnden Entscheidungen über die Zurechnung einiger Arbeiterkategorien zu den qualifizierten Arbeitern zu folgen vermag.“

Ganz unsere Meinung! Wollten sich doch danach die Herren Ärzte richten — und besonders auch die Schiedsgerichte. Für diese ist gerade auch bei Beurteilung von Augenverletzungen jenes Wort des Reichsversicherungsamtes am Platze, wonach die Abschätzung des Grades der Erwerbsbeschränkung nicht in der Hauptache Aufgabe der Ärzte, vielmehr die vornehmste Aufgabe der rentensetzenden Instanzen selbst sein soll.

Unfallrente aus Humanität. Gegenüber der Mitteilung in Nr. 45 der Metallarbeiter-Zeitung wolle wir einen besonders trafen Fall mitteilen, in dem die Anerkennung eines Unfallanspruches scheiterte, trotz vorhandener Indizienbeweise. Dem Schlosser A. S. lag am 25. November 1907 im Betrieb der Firma L. ein Eisenplättchen in das linke Auge. Sofort nach dem Unfall bemerkte P., daß mit seinem rechten Auge auch etwas nicht in Ordnung war. Der alsbald zugezogene Arzt entfernte zwar den Splitter aus dem linken Auge, stellte aber die völlige Erblindung des rechten Auges fest. Der Verletzte erinnerte sich, daß ihm in dieses Auge etwa um Mitternacht 1907 herum ein Splitter gestossen war. Der Arzt, der ihn entseht hatte, war der Ansicht, daß keine Erwerbsbeeinträchtigung eingetreten sei. Von diesem ersten Unfall machte P. außer seiner Mutter niemandem eine Mitteilung; erst der zweite, ohne jede Wirkung des früheren Unfalls lenkte die Aufmerksamkeit eines Rentenanspruches zur Folge. In dem ärztlichen Gutachten heißt es bezüglich des verletzten rechten Auges, daß sich in einer kleinen weißen Narbe auf der Hornhaut die Eingangspforte des Eisenplättchens darstellt. Daß der Patient den Unfall nicht genau angeben konnte, ersahene nicht sonderbar. Die Linse splitterte und zeigte eine Staarbildung mit bräunlichen Flecken. Es diente sich das typische Bild für ein durch einen im Auge befindlichen Eisensplitter verroftetes und durch innere Entzündung zugrunde gegangenes Auge. Wann sich der Unfall ereignet habe, lasse sich kaum sagen.

Die Südwestdeutsche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft lehnt ein Rentenanspruch ab, auf welchen Berufung durch das Schiedsgericht verurteilt wurde durch das Schiedsgericht. Im ersten Urteile heißt es, das Verhalten des Verletzten, die volle Entzündung der Erblindung des Auges (siehe nicht ganz die Begründung des Schiedsgerichts) und gegen den Betriebsrat. Ein weiteres Gutachten heißt, daß P. schon am 16. Januar 1907 wegen eingetretener Erblindung sich behandeln ließ, eine Erwerbsbeschränkung trat damals nicht ein. Die vom gleichen Arzt im Dezember 1906 vorgenommene Untersuchung ergab aber schon eine Erblindung des rechten Auges. Der Arzt nahm für den zu dieser Erkrankung führenden Unfall die Zeit von Januar bis Dezember 1906 an, womit nachgewiesen war, daß der Unfall von Mitternacht 1907 das Auge nicht erst verletzten hatte. Auch dieser Arzt fand es nicht verbundentlich, daß dem P. die Verletzung des Auges mitgegangen war und er sich infolgedessen nicht in ärztliche Behandlung begab.

Das Schiedsgericht lehnte nach diesen Feststellungen die Anerkennung des Anspruches ab, da ein genauer Unfalltag nicht angegeben und nicht nachgewiesen oder wahrscheinlich gemacht sei, daß die Unfälle von Osten und vom November 1907 die Erblindung des rechten Auges veranlassten.

Im Revisionsverfahren vor dem Reichsversicherungsamt wurde nachdrücklich auf die fast übereinstimmenden ärztlichen Gutachten verwiesen, zugleich auch unter Beweis gestellt, daß der Verletzte auch in der Zeit von Januar bis Dezember 1906 in einem ähnlichen Betriebe arbeitete, der bei der gleichen Berufsgenossenschaft versichert ist. Die Zuerkennung einer Rente aus Billigkeitsgründen wurde anheimgegeben und erbeten. Der Revisor wurde abgewiesen mit der Begründung, daß die Angabe für den Unfall in der oben bezeichneten Zeit nicht genüge, um einen Betriebsunfall anerkennen zu können, da bisher weder angegeben sei, bei welcher Gelegenheit oder in welchem Betrieb sich der Verletzte die Erblindung zugezogen habe, und da ferner weder feststeht, daß er während dieser Zeit mit Arbeiten beschäftigt gewesen ist, bei denen ihm ein Eisenplitter ins Auge geraten konnte, noch daß der etwa in Frage kommende Betrieb der Südwestdeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft angehört.

Der Nachweis, daß P. in der fraglichen Zeit nicht anderwärts arbeitete, daß wahrscheinlich doch nur ein Betriebsunfall vorliegen könne, weil ein Eisenplitter die Verletzung des Auges bewirkte, alles dieses nützte nichts; der Verletzte erhielt keine Rente, sondern nur den Hinweis auf weitere bestimmte Angaben, die er über den Unfall machen solle. R. F.

Schriftliche Kampfesweise.

Den „christlichen“ Deutschen Metallarbeiter plagen jetzt zwei große Sorgen: „Der Kampf um Rheinfelden“ und die zentralistisch-konservernativistische Reichsfinanzreform. Ueber den Millionenaufschlag des schwarz-blauen Blods hat er sich feinerzeit völlig ausgesprochen. Nun aber ist er zu dessen eifrigem Verteidiger geworden, indem er die rechnerischen und schriftlichen Entwürfe des Herrn Stegerwald nachbrudert. Ueber Rheinfelden bringt er in Nr. 47 wieder einen Bandwurm. Man sucht die Mitglieder mit Worten einzuschleifen. Das ist das Letztmalig, mit dem die „christlichen“ Führer ihre Mitglieder über die traurige Niederlage und über das noch traurigere Verhalten des früheren „sozialdemokratischen“ Wirtes und gelehrten „christlichen“ Belegsleiters in Baden, Engel, hinwegtäuschen wollen.

Die in die Inseratenblätter eingeschobene „Erklärung“ einer aus Beteiligten zusammengesetzten Untersuchungskommission, die man im eigenen Organ nur noch auszugeweiht sich wiederzugeben getraute, wird nun treffend illustriert durch folgenden Inserat in Nr. 137 des Rheinfelder Anzeiger vom 16. November 1909:

„Der Streik in Badisch-Rheinfelden betreffend. Bei dem am 15. August ds. Jrs. stattgefundenen Verhandlungen über Beilegung des Streiks war ich anwesend und bestätigte, daß die Verständigung unter den Bedingungen, wie solche vom Großh. Herrn Landeskommissar in Konstanz veröffentlicht worden sind, erfolgt ist. Konstantz, 15. Nov. 1909. W. D. Senger, Bürgermeister.“

Damit ist auch die Wiederholung „Unterfuchung“ auf ihren Wert zurückgeführt und das, was wir nicht nur behaupteten, sondern auch beweisen haben, wiederum bestätigt. Der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter fragt in seinem Bandwurm in Nr. 47 auch: Was uns (den Deutschen Metallarbeiter-Verband) die Sache dort eigentlich angegangen hätte, da wir kein Mitglied dabei gehabt, keine Posten aufzubringen hatten und dergleichen mehr. Darauf erklären wir, auch auf die Gefahr hin, daß unsere Worte aus dem Zusammenhang gerissen oder verdreht werden: Gar nicht hätten wir uns um die ganze Sache gekümmert, ja, wir gestehen offen, daß wir erst einige Zeit nach der Beendigung des Streiks erfuhrten, daß der „christliche“ Metallarbeiter-Verband dort eine Kontrolle gab, und daß auch da die Sache uns noch gleichgültig gelassen hätte, wenn nicht die beiden Strategen Engel und Thelen überall im Lande herumgeschickt wären und von einem Verrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der freien Gewerkschaften in Badisch-Rheinfelden geschwindelt hätten, worauf unsere Mitglieder Aufklärung darüber verlangten, was wir denn dort gemacht hätten.

Und es ist für uns von großem Interesse, daß das Organ der „christlichen“ in seiner Verzweiflung jetzt selbst zugibt, daß wir dort weder beteiligt waren, noch sonstige in Frage kamen. Warum aber dann die Hecke gegen unseren Verband? Wäre es da nicht besser gewesen, die „Christen“ hätten uns aus dem Spiele gelassen? Dann hätten wir uns um die Sache nicht gekümmert, leider aber dann auch den christlichen Schwindel nicht aufdecken können.

Daß der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter seinen Lesern Sand in die Augen zu streuen sucht durch Zitate aus der Schmiebesetzung über Vorhölzler und aus dem Bedruck über Hue, ist nicht weiter verwunderlich. Die Bemühung, die das schwarze Blatt über diese Zitate empfindet, wird wahrscheinlich noch übertroffen durch die, die die Verfasser der Zitate darüber empfinden, daß sie von dem „christlichen“ Blatte als Eideshelfer gewürdigt werden. Die Fronte der Geschichte will es übrigens, daß die Schmiebesetzung in derselben Nummer des schwarzen Blattes wegen ihres „Neutralitätschwindels“ — wie das Duisburger Blatt sich ausdrückt — angegriffen wird.

„Märkischer Volksverlag, Solidarität“.

Diese Firma, die in Elberfeld, Bergstr. 40, ihren Sitz haben soll, will ein Verzeichnis von Gewerkschaftsadressen und von Logierhäusern für Mitglieder freier Gewerkschaften herausgeben. Sie sendete sich mit einem gedruckten und einem hektographierten Zirkular an Mitter von Galt- und Reichsboten, in denen sie um Zuwendung von Inseraten für dieses Verzeichnis ersucht. Für diese Inserate will die Firma die Gebühr von 2 bis 5 M. bei 3 bis 10 Zeilen Umfang erheben. Die Inserenten sollen sich auch verpflichten, von dem Adressenverzeichnis mindestens 100 Exemplare abzunehmen, wofür 8,50 M. zu entrichten wären.

Der „Märkische Volksverlag, Solidarität“ will angeblich mit diesem Verzeichnis den Klagen der Gewerkschaften und Verbandswirte über schlechten Geschäftsstand wegen der Konkurrenz der Herbergen zur Heimat abhelfen. Wir vermögen nun wirklich nicht einzusehen, wie gerade der genannte Verlag dazu kommt und wie er in der Lage sein könnte, auf dem Gebiete Wandel zu schaffen. Das Unternehmen scheint uns weiter nichts zu sein als eine geschäftliche Spekulation, bei der nur der „Märkische Volksverlag, Solidarität“ gewinnen kann. Uns erfüllt das Unternehmen auch schon aus folgenden Gründen mit Mißtrauen: Das gedruckte Zirkular ist ohne Namensunterzeichnung, beim hektographierten ist ein Name nur markiert, das heißt unleserlich. Wir haben auch bei unserer Ortsverwaltung in Barmen-Elberfeld Erkundigungen über den Verlag eingeholen. Aber weder unsere Ortsverwaltung noch die von ihr befragte dortige Parteipresse ist in der Lage, über den Charakter des Verlags Auskunft zu geben.

